

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M., im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M., einschließlich 40 Pf. Postgebühren und 22 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnent 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Post und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Jugend“, „Witz in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konparierung 40 Pfennig, Reklamewerte 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des Verlagwerkes 25 Pfennig (zweimalig) und fortgedruckte Worte, jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengelder das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Verantwortlicher: Tändel 192—197 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wollfr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 3

## Zurückgeschraubte Zollwünsche.

### Das Agrarprogramm des Reichstags.

Im Laufe des Dienstag ist zwischen den beteiligten Parteien weiter über die dem Reichstag vorliegenden Anträge auf Erhöhung der Agrarzölle verhandelt worden. Die Verhandlungen führten zu einem Abschluß, der als Grundlage für die kommende Regelung betrachtet werden kann.

Die Stellung der Sozialdemokratie in diesen Verhandlungen war dadurch gegeben, daß sich die auf Errichtung eines Getreidemonopols hienzienden Bestrebungen zerstückelt hatten. Damit war der Weg für eine organische Sanierung der für die Agrarproduktion in Betracht kommenden Märkte verbaut. Die Sozialdemokratie bezweckte von Anfang an, in dieser Regelung vor allem den notwendigen Schutz für die großen breiten Verbraucher-massen einzuschließen. Nachdem das nicht in Form der anfänglich geplanten Maßnahmen gelang, kam es für sie darauf an,

eine Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen abzuwehren. Das ist ihr in weitestem Maße gelungen.

Der Erfolg ist um so höher einzuschätzen, da die Sozialdemokratie den anderen Parteien gegenüberstand, die sich für Zollmaßnahmen festgelegt hatten.

Hinsichtlich der Getreidezölle hat man sich dahin geeinigt, die Zollsätze auf die im Handelsvertrag mit Schweden vereinbarten Zwischenzölle von 5 bzw. 5,50 M. durch den sogenannten Schwedenzoll von 6 bzw. 6,50 M. erhöht wird. Hier gelang es der Sozialdemokratie, den Plan zu zerlegen, die autonomen Zölle (7,50 M.) auf 10 M. zu erhöhen. Die geforderte Erhöhung der autonomen Zölle ist damit abgewehrt worden und kommt nicht mehr in Betracht.

Abgewehrt wurde auch die Forderung, die Zuckersätze zu erhöhen. Es bleibt bei dem im vorigen Jahre festgesetzten Preis von 21 Mark. Dazu tritt eine Unkostenvergütung (Report) von 15 Pf. pro Monat für die neuen Monate der Zuckerkampagne. Danach steigt sich der Preis vom 1. Januar ab pro Monat um 15 Pf., so daß im September ein Preis von 22,35 M. erreicht wird. Vom Oktober ab tritt dann wieder der normale Preis von 21 M. in Kraft.

Der Zoll für Spätkartoffeln soll von 1,50 M. auf 2 M. erhöht werden. Diese Erhöhung hat angesichts des Kartoffelüberschusses in Deutschland kaum praktische Bedeutung und dürfte sich nur dahin auswirken, die Einfuhr von Spätkartoffeln nach Ostdeutschland zu unterbinden.

Bezüglich der geforderten Anpassung der Lebendviehzölle an die Fleischzölle hat man sich dahin geeinigt, durch wirtschaftliche Maßnahmen den Auswirkungen eines übermäßigen Viehimports nach Deutschland vorzubeugen.

Der Butterzoll wird von 27,50 M. auf 30 M. gesteigert werden. Gefordert wurden hier 80 M. Der Zoll von 30 M. ist aber befristet. Er soll die Wirkung eines Erziehungszolls haben. Darauf legte die Sozialdemokratie besonderen Wert, da die deutsche Butter gegenüber der ausländischen nur weitverbreitbar werden kann, wenn sie in ihrer Qualität verbessert wird.

Der Sozialdemokratie ist es auch gelungen, die Pläne zu durchkreuzen, die auf eine Abdrosselung der Gefrierfleischimporte hienzielten. Hier sollte der § 12 des Fleischbeschaugesetzes (Einfuhr von Fleisch nur mit Innereien) aufgehoben werden. Das geschieht nicht. Verhindert hat die Sozialdemokratie auch die Erhöhung der Futtermittelzölle.

## Poincaré zieht die Schweiz vor.

### Obgleich England für London eintritt.

Paris, 25. Juni.

Nach Beendigung seines heutigen Exposé erklärte Ministerpräsident Poincaré in den vereinigten Kammerausschüssen im Hinblick auf die Besprechungen über die Wahl des Tagungsortes der bevorstehenden Regierungskonferenz, daß es der Wunsch der englischen Regierung sei, diese Konferenz in London stattfinden zu lassen, daß es nach seiner Auffassung jedoch zweckmäßiger wäre, sie in einem neutralen Lande, am besten in der Schweiz, stattfinden zu lassen.

### Nicht ungünstige Aufnahme der Stresemann-Rede.

Paris, 25. Juni. (Eigenbericht.)

Die französische Regierung hat im Laufe des am Dienstag vormittag abgehaltenen Ministerrates beschlossen, die Aufnahme der Verhandlungen mit den an der Sachverständigenkonferenz beteiligten Mächten über die Klärung der diplomatischen Konferenz möglichst zu beschleunigen. Damit tritt erneut zutage, wie sehr der Regierung an einer raschen Erledigung der Reparationsfrage im Hinblick auf die nötige Ratifikation der Interalliierten Schulden gelegen ist.

Ministerpräsident Poincaré verfolgt immer noch die Absicht, die Ratifikation durch Dekret vorzunehmen, obwohl kaum anzunehmen ist, daß sich in einem der Häuser des Parlaments eine Mehrheit hierfür finden wird. Die Regierung kann auf die Ratifikation der Schuldenabkommen durch die Kammer nur rechnen, wenn vorher die Annahme des Young-Planes durch Deutschland gesichert ist. Dr. Stresemann hat in seinen Ausführungen in der Reichstagsitzung am Montag keinen Zweifel darüber gelassen, daß diese Annahme nur unter der Bedingung der Räumung erfolgen kann. Gegen die in der Rede Stresemanns enthaltene kategorische Ablehnung der ständigen Kontrollkommission wird in der hiesigen Öffentlichkeit kaum ernsthaft Protest erhoben. Man legt die Erklärung des deutschen Außenministers lediglich dahin aus, daß Deutschland in eine Kontrollkommission bis 1935 willigen würde. Wir glauben ferner zu wissen, daß die französische Regierung auch einen etwaigen deutschen Antrag auf sofortige Lösung der Saarfrage nicht rundweg ablehnen würde. Sie würde allerdings in diesem Falle wahrscheinlich erhebliche Konzessionsforderungen stellen, die sich nicht nur auf den im Vertrag festgelegten Rückkauf der Saargruben bezögen, sondern auch in Erfordernissen für den wirtschaftlichen Nachteil, den Frankreich durch eine vorzeitige Loslösung der Saar aus seinem Zollgebiet erleiden würde. Immerhin ist wegen

der Fälle der auf der kommenden Konferenz zu erledigenden Gegenstände kaum anzunehmen, daß dort auch bereits die Saarfrage einer Lösung zugeführt wird. Dagegen muß es möglich sein, eine bindende Zusage der französischen Regierung auf Einleitung baldiger Verhandlungen nach der Konferenz zu erhalten.

### Die amerikanischen Sachverständigen in Washington

Owen Young, Morgan, Lamont und Perkins wurden gestern vom Staatssekretär Stimson in Washington empfangen und berichteten ihm über ihre Eindrücke von der Pariser Konferenz. Staatssekretär Stimson, der das Staatsdepartement, d. h. die auswärtigen Angelegenheiten leitet, erklärte der Presse, daß die vier Sachverständigen nicht offizielle Vertreter der amerikanischen Regierung seien und er sie daher auch nicht befragt habe, welche Schritte die Regierung unternehmen solle, um die neuen Jahreszahlungen Deutschlands in Kraft treten zu lassen. Die Entscheidung hierüber liegt beim Präsidenten Hoover. Nach ihrem Besuch im Weißen Hause werden die vier Delegierten auch im Schatzamt vorsprechen und sich mit Schatzsekretär Mellon und Unterstaatssekretär Mills über die finanztechnischen Einzelheiten besprechen.

### Ministerprozeß in Polen.

#### Pilsudski Schatzkanzler vor dem Staatsgerichtshof.

Warschau, 25. Juni.

Am Mittwoch um 11 Uhr vormittag beginnt der Prozeß gegen den ehemaligen Finanzminister Czechowicz. Den Vorsitz im Staatstribunal wird Suplaski, Präsident des höchsten Gerichtshofs, führen. Unter den von den beiden parlamentarischen Körperschaften gewählten zwölf Beisitzern sind u. a. der frühere Minister Thugutt und General Beligowski, der Warschau-Polizist. Als parlamentarische Ankläger amtieren die Abg. Dr. Hermann Liebermann (Soz.), Dr. Pieradi und Wyrzykowski, während die Verteidigung Rechtsanwalt Pacholki führt. Die Presse glaubt, daß Marschall Pilsudski persönlich vor dem Staatsgerichtshof erscheinen wird. Die Hauptverhandlung soll drei Tage dauern.

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner gestrigen, laufenden Angelegenheiten gewidmeten Sitzung den Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Reichsminister (Reichsministergesetz) und den eines Gesetzes über Zuschüsse aus Reichsmitteln für die Ansiedlung von Landarbeitern. Beide Entwürfe werden unverzüglich dem Reichsrat zugehen.

## Notbehelf in Sachsen.

### Kabinett Büniger auf schwankender Grundlage.

Von Richard Lipinski.

Dresden, 25. Juni.

Der Sächsische Landtag hat den bisherigen Volksbildungsminister Dr. Büniger mit 44 von 96 Stimmen bei 12 Enthaltungen zum Ministerpräsidenten gewählt.

Die durch das Urteil des Staatsgerichtshofs bedingte Neuwahl des Landtags brachte in dem proletarischen Sachsen am 12. Mai eine bürgerliche Mehrheit. Der Kommunistenschreck des Berliner Kampfes hatte die Spitze auf die Beine gebracht. Waren im Jahre 1926 die Altsozialisten mit ihren vier Mandaten das Jünglein an der Wage und bildeten sie eine bürgerliche Regierung, so geben diesmal fünf Nationalsozialisten den Ausschlag für eine Mehrheitsbildung.

Der Bürgerblock suchte nun die fünf Nationalsozialisten für eine Mehrheitsbildung bei der Wahl des Ministerpräsidenten zu gewinnen und wollte ihnen die Verantwortung zuschieben, falls sie veragten, um sie dann nach einer Auflösung des Landtages niederringen zu können. Dieser Plan ist ihnen vorläufig gelungen, denn zum dritten Male wurde gestern im Landtage die Wahl des Ministerpräsidenten vorgenommen und der Deutschvolksparteiler Büniger mit 44 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Für den Demokraten Fleißner wurden 33 Stimmen, für den Demokraten Innenminister Apelt 5 Stimmen, für Heldt 2 Stimmen abgegeben, während die Kommunisten zwölf weiße Zettel abgaben. Nach Artikel 26 der sächsischen Verfassung wird der Ministerpräsident vom Landtag bei Anwesenheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten gewählt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Bei 96 anwesenden Abgeordneten würde die Mehrheit 49 Stimmen sein. Da aber die Kommunisten 12 weiße Zettel abgegeben hatten, die nach der Geschäftsordnung des Landtags nicht mitgezählt werden, so waren 84 gültige Stimmen abgegeben worden, die Mehrheit also 43 Stimmen, und so ist Büniger mit 2 Stimmen Mehrheit gewählt. Nationalsozialisten und Kommunisten haben Büniger, das heißt dem Bürgerblock, im proletarischen Sachsen zum Siege verholfen.

Dieser Sieg ist aber nur ein Scheinsieg, denn nach Artikel 27 der sächsischen Verfassung bedürfen die Minister zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Landtages. Jeder Minister muß zurücktreten, wenn der Landtag durch ausdrücklichen Beschluß, den die Mehrheit der gesetzlichen Zahl — also 49 — der Abgeordneten faßt, ihm das Vertrauen entzieht oder seinen Rücktritt fordert. Da Altsozialisten und Demokraten nicht für Büniger gestimmt haben, so ist ein zu bildendes Kabinett von ihrer Duldung abhängig. Es kann mit Hilfe der Kommunisten jederzeit gestürzt werden.

Dieser Abstimmung sind im bürgerlichen Lager einige Auseinandersetzungen vorausgegangen. Die Nationalsozialisten hatten ihre Unterstützung Bünigers von einer Reihe Bedingungen abhängig gemacht. Sie wollten nicht Heldt, den bisherigen altsozialistischen Ministerpräsidenten; dem Innenminister Apelt wollten sie das Gehalt verweigern, sie wollten einen Demokraten auch als Volksbildungsminister nicht dulden und schließlich sollte die sächsische Regierung im Reichsrat gegen den Young-Plan stimmen. Dem deutschvolksparteilichen Minister Büniger muteten sie also zu, gegen das Reichskabinett, gegen Stresemann zu stimmen. Ob die Deutsche Volkspartei dieses Joch auf sich genommen hat, steht dahin. Wenn dennoch die Nationalsozialisten für Büniger gestimmt haben, so zeigt diese Abstimmung selbst, auf wie unsicherer Grundlage ein geduldetes Kabinett steht. Dazu kommen die Forderungen der Deutschnationalen auf zwei Ministerposten, Innenministerium und Wirtschaftsministerium, Forderungen, die durch die Abstimmung der Nationalsozialisten für Büniger gestützt worden sind. Sollte es Büniger gelingen, ein Kabinett auf die Beine zu stellen, so kann es nur ein vorübergehender Notbehelf sein. Die Regierungsbildung ist also nicht endgültig vollzogen.

Die Sozialdemokratie steht seit sechs Jahren in Sachsen in Opposition. Die sozialistische Minderheitsregierung war im Januar 1923 mit Hilfe sämtlicher bürgerlichen Parteien, auch der Demokraten und den Kommunisten, gestürzt worden. Damit war der Partei die Bildung einer Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien verleidet. Die von den Kommunisten geduldeten neue sozialistische Minderheitsregierung wurde nach dem Eintritt der Kommunisten verfassungswidrig mit Militärgewalt des Amtes entsetzt. Das von den Demokraten danach geduldetes sozialistische Kabinett fleckisch wurde nach kurzer Zeit gestürzt und von einer bürgerlichen Regierung abgelöst. Die Disziplinlosigkeit der sogenannten Dreimächte, ihre Koalition 1924 mit den Bürgerlichen, die Bildung der Altsozialistischen Partei, ihre Schlüsselstellung bei der Landtagswahl 1926 ließ die



Sozialdemokratische Partei auch weiter in die Opposition beharren.

Nach der Landtagswahl 1926 stellte die sächsische Sozialdemokratie zwar ein Regierungsprogramm auf, das veröffentlicht wurde, nominierte Genossen Fleißner als Ministerpräsidentenkandidaten, lehnte aber ab, ihr Programm anderen Parteien mitzuteilen und mit ihnen zu verhandeln. Es kam mit den Sozialisten eine bürgerliche Regierung zustande.

Dieser Zustand der Isolierung wurde einem Teil der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten unerträglich. Die Anrufung des Staatsgerichtshofs zur Auflösung des Landtags war nur das Mittel, aus dieser Situation herauszukommen. Das Ergebnis der Wahl entsprach nicht den gehegten Erwartungen. Die Zunahme der nationalistischen Stimmen und Mandate wies auf den Kurs zur Diktatur und den Abbau aller früher erreichten und gebliebenen Erfolge hin.

Das reifte die Stimmung, aus der Opposition herauszukommen. Der einzige Weg dazu ist nach Lage der Sache nur die große Koalition. Die Kommunisten hatten schon vor der Wahl erklärt, daß sie eine sozialistische Regierung nicht unterstützen würden, sie haben Wort gehalten und Binger in den Sattel gehoben.

Die Sozialdemokratie hatte nur zwei Mandate gewonnen, sie verfügte über 33 Mandate. Eine Mehrheitsbildung ohne bürgerliche Parteien ist ausgeschlossen, die vier Demokraten sind hierfür zu wenig, also blieb nur eine Regierung mit Demokraten und Deutscher Volkspartei übrig. Deshalb ging das Bemühen einer Reihe Genossen dahin, die Partei über das Verhalten von 1926 hinauszubringen. Es wurde auch ein gegenüber 1926 abgeschwächtes Programm ausgearbeitet. In der gemeinsamen Beratung von Landesinstanzen und Landtagsfraktion zeigte sich aber, daß zwar die Stimmung für eine Koalition gewachsen war, die Ideologie einer sechsjährigen Oppositionsstellung aber in so kurzer Zeit nicht umzustellen war. Die Anhänger der Opposition stützte sich darauf, daß die Landesversammlung im Januar die Haltung der Landtagsfraktion, also ihre oppositionelle Haltung gebilligt hatte, führte die negativen Ergebnisse der Reichskoalition ins Feld, und so wurde dann mit 36 gegen 17 Stimmen beschlossen, das Programm als Mindestprogramm gelten zu lassen und nicht mit den Parteien zu verhandeln. Der Vertreter der Gewerkschaften hatte empfohlen, sich nicht völlig jeden Ausweg zu verbauen. Schließlich erklärte man sich bereit, mit anderen Parteien zu verhandeln, wenn diese an die Partei herantreten.

Wie schon gesagt, war das Ziel des Bürgerblocks, seinen Sieg rücksichtslos auszunutzen. Deshalb waren auch die Bemühungen der Demokraten für eine Koalition ergebnislos, weil die Deutsche Volkspartei sich völlig ablehnend verhielt. Das ist verständlich. Denn unter Führung des Oberbürgermeisters Blüher hat die Deutsche Volkspartei den Einfluß der Ratsbürokratie wieder hergestellt und die Gemeindeordnung Sachsens verhandelt. Die Wiederherstellung der freiheitlichen Gemeindeordnung ist das Ziel der Sozialdemokratie, und hierzu will die Deutsche Volkspartei nicht mitwirken. Die Gewerkschaften haben auf ihrer Dresdener Konferenz darauf hingewiesen, daß in Sachsen die Sozialdemokratie wieder Einfluß auf die Regierung erhalten muß, um die vorhandenen sozialen Einrichtungen zu erhalten. Zurzeit sind die Voraussetzungen noch nicht gegeben. Die Zeit muß helfen, den Bandel vorzubereiten.

### Wie Binger gewählt wurde.

Dresden, 25. Juni. (Eigenbericht.)

Bei der Ministerpräsidentenwahl am Dienstag wurden abgegeben für den bisherigen deutschvolksparteilichen Kultusminister Binger 44, für den sozialdemokratischen Vdg. Fleißner 33, den bisherigen Ministerpräsidenten Heide 2 und für den bisherigen demokratischen Innenminister Apelt 5 Stimmen. Die zwölf Kommunisten gaben wieder weiße Zettel ab.

Nach der Wahl erklärte der Landtagspräsident, der Kellertenauswahl müsse darüber beschließen, ob Binger gewählt sei. Es bestände Unklarheit darüber, ob die weißen Zettel bei der Feststellung der Mehrheit mitzurechnen seien. Die Sitzung wurde kurze Zeit vertagt. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung entschied der Landtag mit 49 gegen 47 Stimmen, daß die Wahl Bingers zum Ministerpräsidenten gültig sei. Wie das Resultat zeigt, hat Binger keine Mehrheit hinter sich.

Die Einigung unter den bürgerlichen Parteien war deshalb gescheitert, weil die Nationalsozialisten erklärten, sie würden weder einen demokratischen Innenminister, noch einen demokratischen Kultusminister dulden. Außerdem hatten sie eine Anzahl für die bürgerlichen Parteien unannehmbare Forderungen gestellt, so zum Beispiel, daß die nächste Regierung im Reichsrat gegen den Young-Plan stimmen müsse.

Der neue Ministerpräsident dürfte bei der Zusammenstellung seines Kabinetts große Schwierigkeiten zu überwinden haben. Wie wir hören, erheben die Nationalsozialisten, deren Führer im sächsischen Landtag der bekannte Dr. Mann v. Killinger ist, den Anspruch auf einen Ministerposten, und zwar auf das Ministerium des Inneren.

Wilhelm Binger wurde 1919 Reichsanwalt und widmete sich in den Reihen der Deutschen Volkspartei der Politik. Er wurde 1920 in den sächsischen Landtag gewählt und bekleidete dort zeitweise das Amt des Vizepräsidenten. Im Kabinett Heide übernahm er 1924 das Ministerium der Justiz, bekleidete es auch im zweiten Kabinett Heide und trat im Juni 1927 infolge Umbildungsmaßnahmen der Deutschnationalen zurück. — Im Januar 1929 wurde Binger im Kabinett Heide zum Volksbildungsminister ernannt.

### Tod in den Sielen.

Genosse Weyers gestorben.

Mörs, 25. Juni. (Eigenbericht.)

Der sozialdemokratische Parteisekretär César Weyers gab in der Parteiversammlung in Orfan den Bericht vom Tagdeburger Parteitag. Witten im Vortrag traf ihn ein Herzschlag. Nach wenigen Augenblicken war Weyers tot.

Weyers war eine der markantesten Persönlichkeiten der Partei im Bezirk Niederrhein. Mit seinen 63 Jahren war er noch immer ein jugendlicher Feuerkopf, der seit rund 25 Jahren der Partei als Sekretär diente. Als solcher war er tätig in Duisburg, Lübeck, Essen, Aachen und zuletzt seit rund sechs Jahren im Unterbezirk Mörs. Weyers hat sich große Verdienste um die Partei erworben. Er war Provinziallandtagsabgeordneter und eine Zeitlang Mitglied des Preussischen Staatsrats. Ferner war er Stadtverordneter in Mörs.

# Parlamentseröffnung in London.

Echt englische Szenen.

London, 25. Juni. (Eigenbericht.)

Das neugewählte Parlament trat am Dienstag zum erstenmal zusammen. Der Sitzungslokal, der keineswegs sämtlichen Abgeordneten Unterkunft gewährt, war zum Bersten überfüllt. Ein Teil der Abgeordneten nahm

auf den Anien ihrer Kollegen,

ein anderer Teil auf dem Boden der Quergänge zwischen den Abgeordnetenbänken Platz. Ein weiterer Bräutigag der neugewählten Abgeordneten fand auf der für die Mitglieder des Oberhauses reservierten Galerie Unterkunft.

Vor der Eröffnung der Zeremonie der Wahl des Vorsitzenden ging Baldwin auf Macdonald zu und beglückwünschte ihn vor versammeltem Hause zu seinem Wahlsieg.

Diese echt englische Seite des bisherigen konservativen Ministerpräsidenten wurde bei den Abgeordneten der Arbeiterpartei mit einer kleinen Ovation für Baldwin beantwortet. Der einzige Punkt der Tagesordnung bestand in der Wahl des Speaker (Präsidenten), die dem Herkommen gemäß im Sitzungslokal des

Oberhauses erfolgte. Die Wahl fiel auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Parteien auf den bisherigen Sprecher des Unterhauses, den Abgeordneten Fyson, ein Mitglied der konservativen Partei. Der Vorschlag zu seiner Wiederwahl wurde formell von einem Abgeordneten der Arbeiterpartei und einem konservativen Abgeordneten eingebracht. Nachdem dann Macdonald, Baldwin und Lloyd George als Führer der drei Parteien die üblichen Glückwünsche zu Wahl geäußert hatten, vertagte sich das Haus auf Mittwoch. Lloyd George betonte in seiner Glückwunschsprache unter dem Gelächter des Hauses, daß keine Parteien, wie seine und die fraktionslosen, der besonderen Unterstützung des Vorsitzenden bedürfen, zumal dann, wenn sie, wie im gegenwärtigen Parlament, ein Viertel der Wählerschaft repräsentieren. Der verbleibende Teil der Woche wird der Absetzung des Schmarés durch die Abgeordneten gewidmet sein. Die eigentliche Arbeit des Parlamentes beginnt am kommenden Montag mit der Verkündung der Thronrede, die das Regierungsprogramm der Arbeiterregierung für die Zeit vom Juli 1929 bis Juli 1930 umreißt wird.

# Amnestie für Autonomisten.

Von der Regierung beschlossen.

Paris, 25. Juni. (Eigenbericht.)

Die Freisprechung des Autonomisten Roos durch die Geschworenen in Besançon hat auf die französische Regierung eine unerwartete und sehr erfreuliche Wirkung ausgeübt: sie beschloß in einem Ministerrat am Dienstag, dem Parlament sofort die völlige Amnestie für sämtliche wegen autonomistischer Antriebe bestraften Elsäßer vorzuschlagen.

Zur Begründung dieser Entschlieung wird erklärt, daß der Spruch des Schwurgerichts als neuer Versuch zur Verbesserung angesehen werden müsse. Zwar hätten bisher alle französischen Regierungen Versöhnungsversuche unternommen; sie seien aber immer vergeblich gewesen. Die Regierung wolle darum noch einmal den von den Geschworenen in Besançon gewiesenen Weg beschreiten. Wie die Begründung auch lauten mag, jedenfalls hat die Regierung damit einen Schritt getan, der nicht nur von den Elsäßern selbst, sondern von allen Kennern der Verhältnisse des unglücklichen Grenzlandes seit langem als der einzig mögliche angesehen wird, wenn wirklich fruchtbare Arbeit geleistet werden soll.

### Fortsetzung der Marokkodebatte.

Paris, 25. Juni. (Eigenbericht.)

Die Kammer lehte am Dienstag die am Freitag begonnene Debatte über die Politik der Regierung in Marokko fort. Diesmal kamen die Vertreter der Rechten zum Wort, die in ener-

gischen Ausdrücken, von links häufig unterbrochen, eine präzisere militärische Politik in Marokko forderten, damit endlich Ordnung und Ruhe eintrete. Die Zuständigen unternehmen einen Ueberfall nach dem anderen auf Kolonisten und raubten und plünderten ungestraft. Kriegsminister Painlevé teilte dem Hause mit, daß die in Ayt Jakub eingeschlossenen Truppen nunmehr völlig befreit und die Ruhe in jeder Hinsicht wieder hergestellt sei.

### Knappe Vertrauensmehrheit für die Regierung.

Paris, 25. Juni.

In der Kammer wurde heute nach Unterbrechung der Interpellationsdebatte über die Vorgänge in Marokko eine Interpellation über die Stellungnahme der Regierung gegenüber dem am Sonntag gegen die Ratifizierung der Schuldenabkommen veranlasseten Rundgehungen der Frontkämpfer beschlossen. Die Urheber der Interpellation, ein sozialistischer und ein unabhängiger, der Regierung nahestehender Abgeordneter, machten der Regierung vor allem eine tendenziöse Beeinflussung der Öffentlichkeit auf dem Wege über die Presse zum Vorwurf.

Nach lebhafter Aussprache, in deren Verlauf Innenminister Lardieu die Vertrauensfrage stellte, wurde die Interpellation schließlich mit 291 gegen 266 Stimmen, also mit einer Mehrheit von nur 25 Stimmen, zurückgestellt.

### Der Vertrag mit der Kurie.

Beschlüsse der evangelischen Generalsynode. — Dispositionen des Landtags.

Die evangelische Generalsynode hat nach dem Vorschlag ihres Verfassungsausschusses einen Beschluß zum Konkordat gefaßt, dessen wichtigste Stelle lautet:

„In dieser Lage spricht die Generalsynode die Erwartung aus, daß die gesetzgebenden Körperschaften des preussischen Staates, sofern sie die schwere Verantwortung für die Zustimmung zu dem Vertrag mit der katholischen Kirche auf sich nehmen wollen, ihn nicht genehmigen werden, ohne gleichzeitig einen die evangelischen Kirchen befriedigenden Vertrag zu verabschieden. Die Zusage eines später abzuschließenden Vertrages kann den evangelischen Kirchen nicht genügen, da der Ausgang künftiger Verhandlungen ungewiß ist. Nur die gleichzeitige Verabschiedung beider Verträge würde den elementaren Grundföhen der Gerechtigkeit entsprechen.“

Trotz dieses Beschlusses ist anzunehmen, daß der Staatsrat den Vertrag mit der Kurie rechtzeitig verabschiedet. Der Kellerterrat des Landtags hat die erste Lesung im Plenum des Landtags für Montag, den 1. Juli vorgezogen. Die Tage vom 2. bis 4. Juli sollen wiederum sittingsfrei bleiben, damit in den Ausschüssen das Konkordat vorbereitet werden könne. Die zweite Lesung des Konkordats im Plenum soll am 5. Juli, die dritte Lesung am 9. Juli stattfinden. Am 13. Juli wird der Landtag in die Sommerferien gehen.

### Neue Waffenfunde.

Kriegervereinsgewehre und ein Maschinengewehr.

Hannover, 25. Juni. (Eigenbericht.)

Im Dorfe Eideloh, Kreis Fallingb., in der Bünaburger Heide, wurde durch die Abteilung Ia der hannoverschen Polizei ein schweres Maschinengewehr, acht Gewehre Modell 7184, ein Gewehr Modell 71, eine Maschinengewehrtrammel mit gekrümmter Munition und etwa 600 Schuß Infanteriemunition gefunden. Die Infanteriegewehre gehören, wie inzwischen festgestellt worden ist, dem Kriegerverein in Eideloh und sind mit amtlicher Kenntnis zum Schießen von Ehrensalven verwendet worden. Es bleibt festzustellen, wer der Besitzer des Maschinengewehrs und der Maschinengewehrtrammel ist.

### Hakenkreuzbuben.

Hegeleien in der Münchener Universität.

München, 25. Juni. (Eigenber.)

Nach dem Wiener Vorbild versuchten am Dienstag vormittag Hakenkreuzstudenten im Lichtlokal der Münchener Universität Kadaverungen gegen die sozialistische Studenten-Gruppe zu veranstalten. Eine Gruppe von etwa 40 Hitlerianern umringte plötzlich die bekannten Führer der linksgerichteten Studentenschaft, bedrohten sie tätlich und suchten sie unter Schlägen und Beschimpfungen ins Freie zu drängen, um, wie sie sagten, besser über sie herfallen zu können. Als Anstoß benutzten sie die Tatsache, daß Ende der vorigen Woche ein Kranz der Nationalsozialisten, der an der Totentafel der Universität aufgehängt war, an der Kranzschleife beschädigt war. Die Rundgehungen, Bedrohungen und Be-

lästigungen dauerten über eine Stunde, wobei verschiedene Hegeleien, vor allem gegen die Juden, gehalten wurden. Sie fanden erst ihr Ende, als die zur Hilfe herbeigerufene Polizei gegen die Aufwiegler einschritt. Die vorher beim Syndikus unternommenen Schritte hatten keine Wirkung. Kein Wunder, denn dieser ist seit langem als eifriger Parteigänger Hitlers bekannt. Der Rektor selbst war nirgends zu finden. Am Nachmittag empfing der Kultusminister eine Abordnung der bedrohten Studenten. Er versprach, mit allen Mitteln gegen die Aufwiegler vorzugehen, um unter allen Umständen ähnliche Vorgänge wie in Wien zu verhindern.

### Bürgerregierung in Mecklenburg.

Linkeregierung tritt zurück.

Schwerin, 25. Juni. (Eigenbericht.)

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, wird die sozialistische demokratische Regierung den am Sonntag gewählten sechsten ordentlichen Landtag zum 9. Juli zu seiner ersten Sitzung einberufen. Das Ministerium Schröder-Ullrich-Dr. Möller wird, wie wir erfahren, in dieser Sitzung seinen Rücktritt erklären.

### Tragisches Mißverständnis.

Meglio, 25. Juni.

Ein Flieger der Bundesstruppen entsetzte bei einem Erkundungsflug in der Nähe von Sarzana eine Truppenabteilung, die sich verschanzt hatte. In der Annahme, daß es Aufständische seien, warf der Flieger Bomben ab, in Wirklichkeit handelte es sich um Bundesstruppen, von denen durch die Fliegerbomben ein Offizier und 15 Mann getötet und 15 Mann verwundet wurden.

Neuer sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. In Stelle des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Richard Krüger (Mecklenburg), der infolge seiner Ernennung zum Polizeipräsidenten auf sein Mandat verzichtet hat, tritt der Redakteur Albert Bergholz in Jöck in den Reichstag ein.

### Georges Courteline.

Aus Paris kommt die Nachricht, daß der Dichter Georges Courteline, der unter dem Pseudonym „Courteline“ bekannt war, gestern im Alter von 69 Jahren gestorben ist. Courteline, den man den „gallischen der Gallier“ nannte, war einer der populärsten humoristischen Schriftsteller des heutigen Frankreich. In einer Reihe vielgeleiteter Bühnenwerke hat er alle menschlichen Schwächen mit feiner Beobachtung und zierlicherem Witz ironisiert. Zwei Motive kehren bei ihm immer wieder: der Kampf des Bürgers mit dem beherrschenden Antischimmel auf der einen, und die Borniertheit des Kleinbürgerlichen Spielers auf der anderen Seite. Courtelines bekanntestes Werk ist das auch in Deutschland, z. B. an der Berliner Volksbühne, oft gegebene Lustspiel „Bourgeois“ (1893), in dessen Titelhelden der Dichter eine überaus feine und tiefe psychologische Studie schuf.

Courteline litt seit langem an einer Krankheit, die vor etwa drei Jahren die Amputation eines Beines notwendig machte. Jetzt mußte ihm auch das andere Bein abgenommen werden, und an den Folgen dieser Operation ist der Dichter — an seinem 69. Geburtstag — gestorben.



# Annahme des Sperrgesetzes.

## Die Verfassungsklausel auf sozialdemokratischen Antrag mit 8 Stimmen Mehrheit gestrichen.

Der Reichstag beriet am gestrigen Dienstag das Sperrgesetz für Rechtskräftigkeiten über ältere staatlicher Renten in 2. Lesung.

Der Rechtsausschuss hat die Vorlage dahin geändert, daß Rechtsansprüche von Gemeinden, Universitäten oder sonstigen Unterrichts- und Erziehungsanstalten, Kirchengemeinschaften, Unternehmungen, Waisenhäusern, Krankenhäusern oder ähnlichen gemeinnützigen Unternehmungen davon nicht betroffen werden sollen.

### Reichsjustizminister v. Guérard:

Früher haben alle Parteien die Notwendigkeit dieses Gesetzes anerkannt. Das Volk ist in begrifflicher Erregung darüber, daß Renten, die auf mittelalterlicher Grundlage beruhen, eine ungeheure Aufwertung erfahren haben. Es handelt sich um 9000 ältere Renten bei diesem Gesetz, die einen Aufwand von neun Millionen Mark erfordern, davon etwas weniger als zwei Millionen Mark für Standesherrn. In nächster Zeit ist eine gesetzliche Neuordnung der gesamten Angelegenheit zu erwarten; die Regierung könnte es nicht verantworten, wenn vorher noch einzelne Prozesse nach dem geltenden Recht entschieden werden, so daß sie von dem neuen Gesetz nicht berührt würden. Darum ist das vorliegende Gesetz notwendig. Als verfassungsändernd hat man es früher nicht bezeichnet. Im Ausschuss hat Abg. Dr. Pfleger festgestellt, daß das Gesetz die Verfassung nicht berührt. Auch nach meiner Meinung hat es nicht verfassungsändernden Charakter.

Abg. v. Lindener-Wildau (Dnoll.): Die preussische Regierung will sich der Reichsregierung bedienen, um sich der Einlösung legal eingegangener Verpflichtungen zu entziehen. 1925 hat Preußen die Ansprüche der Landgrafen-Familie in Hessen anerkannt. Jetzt, wo das praktische Wirkung haben soll, versucht Preußen sich davon zu drücken. Als Abg. v. Guérard noch nicht Minister war, hat er den verfassungsändernden Charakter des Gesetzes selbst anerkannt. Da aber eine verfassungsändernde Mehrheit dafür nicht vorhanden ist, hat der Minister keine Meinung geändert. Das Gesetz ist nicht nur verfassungsändernd, sondern geradezu verfassungswidrig. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wunderlich (Dsp.): Die Länder haben durch ihre Entschuldigungsverpflichtungen die Lösung dieser Frage verzögert. Wir hatten das Sperrgesetz für verfassungswidrig, würden ihm aber auf kurze Zeit zustimmen, wenn es sich nicht erstreckt auf Streitigkeiten vor Schiedsgerichten, oder vor ordentlichen Gerichten, die als Schiedsgerichte vereinbart sind. Wir beantragen die Ausschaltung solcher Streitigkeiten aus dem Gesetz. Dann würden auch

der Streit zwischen Preußen und dem Landgrafen von Hessen nicht durch das Gesetz berührt werden. Lehnt man unseren Antrag ab, so können wir dem Gesetz nicht zustimmen.

Abg. Dr. Kahl (Dsp.) erklärt das Sperrgesetz als verfassungswidrig und verliest einen Brief des Rechtslehrers Triepel, der das Sperrgesetz als Verletzung der Art. 105 und 109 der Reichsverfassung (niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden und alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich) bezeichnet und die Annahme mit einfacher Mehrheit als rechtswidrig verwirft. Die allgemeine Fassung des Gesetzes verhandle nur, daß man damit eine Anzahl bestimmter Personen treffen will. (Hört, hört! rechts.)

### Abg. Heilmann (Soz.):

Der vom Vorredner gebrachte Beweis ist nicht schlüssig. Wenn tatsächlich eine Durchbrechung der Verfassung vorläge, dann könnte das Gesetz auch mit Zweidrittel-Mehrheit angenommen werden. Nach unserer Auffassung ist es aber nicht verfassungsändernd. Wir beantragen die entsprechenden Worte in der Einleitung zu streichen, um das festzustellen. Man wirt dem preussischen Staat vor, er handle unmoralisch, wenn er dem heillosen Landgrafen die Rente kürzen will. Wir finden es

unmoralisch, wenn die preussische Republik heute noch dieser Landgrafenfamilie eine Jahresrente von 708 000 M. zahlt

hört, hört! links), die Bismarck nach dem Krieg von 1866 diesen Fürsten als Lohn dafür bewilligte, daß er die antipreußische Politik des hannoverschen Königsabwesens nicht mitmachte. Wird diese Angelegenheit nach dem Antrag der Volkspartei aus dem Gesetz herausgenommen, dann erhält die Landgrafenfamilie eine Vorzugsstellung vor allen anderen Staatsbürgern und auch vor den übrigen Standesherrn, denn die Ansprüche dieser Familien werden dann bis 60 oder 80 Prozent ausgemerzt. Solche Leistungen aus den Mitteln der Steuerzahler für einzelne Familien sind weder moralisch noch sonst irgendwie zu begründen.

Während der Rede Heilmanns hatte Abg. Dr. Goebbels (Nat. Soz.) immer wieder dem Redner „Barman-Schieber“ und andere Schimpereien zugerufen. Als Heilmann geschlossen hatte, gingen einige Sozialdemokraten, darunter die Abg. Künzler und Nowak auf die Rechte hinüber, in die Nähe der Nationalsozialisten. Die Halenkreuzler Dr. Fried und Dr. Goebbels ließen darauf angestrichelt den Präsidenten um Schutz an, da sie bedroht würden! Die Sozialdemokraten erwiderten:

Feiglinge, die erst schimpfen und dann Angst haben!

— Abg. Dr. Goebbels (Nat. Soz.): Sie verlassen sich auf Ihren Präsidenten, der uns nicht schützt.

Präsident Lohse: Ich bitte Sie, endlich Ruhe zu bewahren. Sie haben die ganzen Zwischenfälle hervorgerufen durch das dauernde Geschrei, mit dem Sie den Redner fortwährend unterbrochen haben.

Abg. Maslowitz (Kom.): Die ehemaligen Fürsten haben in den Deutschen Nationalen und in der Volkspartei ihre Anwälte, die das Volk für moralisch verpflichtet erklären, den Nachkommen solcher Leute Renten zu zahlen, die ihre Landestücker verkauft haben. Diese Renten beruhen auf Blutgeld und auf Zuwendungen an die Maitressen der Fürsten.

Abg. Dr. Bredt (Sp.): Leider ist es schon zur Uebung geworden, Verfassungswidrigkeiten mit verfassungsändernder Mehrheit zu beschließen. Die Einleitung des Entwurfs spricht nach dem Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit aus, der sozialdemokratische Antrag will sogar diesen Zweifel streichen. Die letzte Entscheidung hat das Reichsgericht. Wir stimmen dem Antrag Wunderlich zu.

Abg. Dr. Lohse (Volkspartei) erklärt den Entwurf für verfassungswidrig.

### Abg. Landsberg (Soz.):

Die Argumente des Abg. v. Lindener-Wildau richten sich eigentlich gegen die Aufwertungsangelegenheit und damit gegen den damaligen deutschnationalen Justizminister Hergt. Heute bezeichnet man als unehrlich, womit man sich bei der Aufwertungsangelegenheit für weit längere Zeit einverstanden erklärt hat. Herr von Lindener-Wildau beruft sich gegenüber unserem Antrag auf die Reichsverfassung und mahnt uns, es mit ihr recht genau zu nehmen. Er scheint sich nicht an die richtige Adresse zu wenden. Wir sind es doch nicht, die die Reichsverfassung zuerst bekämpft, sie dann zur Erreichung egoistischer Parteiziele angewendet haben, um sie schließlich wieder zu bekämpfen. (Sehr gut! links.) — Zurufe des Abg. Dr. Everling (Dn.) Worauf stützen Sie eigentlich die Selbstüberhebung, die Sie ständig zur Schau tragen? Ich habe das nicht ergründen können; wenn Sie sich für darüber sind, daß Sie als der letzte das Recht haben zu einer so hohen Meinung über sich selbst, dann können Sie mir den Grund auch beibringen! (Große Heiterkeit

links.) Vor dem Professor Triepel habe ich selbstverständlich die Hochachtung, die er nach seinen wissenschaftlichen Leistungen Anspruch hat. Er täuscht sich aber in mehrfacher Hinsicht. So wird in der Einleitung des Gesetzes keineswegs die Verfassungswidrigkeit angegeben, es wird nur ein Zweifel nach dieser Richtung geäußert. Ich bedauere außerordentlich den Brauch, der sich in diesen Fragen eingebürgert hat. Eine Zweidrittelmehrheit ist nur für solche Gesetze notwendig, die unzweifelhaft die Verfassung ändern, aber nicht bei solchen, wo das zweifelhaft ist. Man kann diesen Zweifel in die Einleitung hineinschreiben, wenn man der Zweidrittelmehrheit sicher ist, sonst aber ist das ungewöhnlich. Jedenfalls hat

der Reichstag selbst zu entscheiden, ob eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist oder nicht.

Berathend wir ein Gesetz mit einfacher Mehrheit, das nach Ansicht des Reichsgerichts verfassungsändernd ist, so erklärt das Reichsgericht diesen Bescheid, wie wir das bei der Biersteuer gesehen haben. Der Zweifel in der Einleitung ist also ganz überflüssig. Ob ein Gesetz verfassungswidrig ist, das ist lediglich aus ihm selbst zu entscheiden; die Frage, ob das Gesetz einen politischen Zweck verfolgt, ist für seine Verfassungsmäßigkeit vollkommen gleichgültig. Der hier angezogene Artikel 105 der Reichsverfassung verbietet Ausnahmeerlasse und sagt weiter, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden dürfe. Nach der Ansicht vieler Kommentatoren ist dieser zweite Satz bereits in dem ersten enthalten.

Von der Entziehung eines Rechtes kann doch keine Rede sein, wenn jemand zugemutet wird, auf die Entscheidung eines Rechtstribunales einige Monate zu warten.

(Sehr richtig! links.) Auch Professor Anshüh wird hier unrichtig zitiert. Er sagt, daß die Verfassungsbestimmung über die Gleichheit vor dem Gesetz die Gleichheit vor dem Richter und Beamten bedeute. Ebenso unzutreffend ist die Bemerkung auf meinen Freund Dr. Einheimer. Selbstverständlich sind die Grundrechte der Verfassung außerordentlich wichtig für den Bürger, aber darum haben wir doch nicht die Feststellung zu unterlassen, worin diese Grundrechte bestehen.

Wenn wir den Zweifelsatz in der Einleitung streichen lassen, so wird das Gesetz vermutlich nur die einfache Mehrheit erlangen und es könnte der Reichstagspräsident das Gesetz nicht an die Reichsregierung weiterleiten. Ohne Zweifel aber würde die einfache Mehrheit genügen, und selbstverständlich hat diese das Recht, ein Gesetz zu machen. Wird der Satz gestrichen, so hat der Reichstag nicht etwa mit Wirkung gegen den Richter erklärt, daß dieses Gesetz nicht verfassungsändernd sei, sondern nur, daß es nach der Meinung des Reichstags nicht verfassungsändernd sei. Da die Reichsregierung erklärt hat, das Gesetz nicht für verfassungsändernd zu halten, so wird sie es nach seiner Annahme auch verkünden. Das Reichsgericht hat selbstverständlich auch dann das Recht, die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes auch dann zu prüfen. Entscheiden muß aber jetzt der Reichstag, was seine Meinung ist. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Haas (Dem.): Meine Partei hält das Gesetz für verfassungsändernd, sie wird daher gegen den sozialdemokratischen Antrag, aber auch gegen den Antrag Wunderlich stimmen.

Abg. Dr. Pfleger (Bayr. Sp.) spricht im gleichen Sinne. Abg. v. Lindener-Wildau (Dnoll.) erwidert dem Abg. Landsberg, Hergt sei bereit gewesen, die gesetzliche Regelung zu treffen, aber die preussische Regierung habe diesen Versuch sabotiert.

Damit schließt die Aussprache. § 1 der Vorlage wird angenommen mit den Stimmen der Linken gegen die Deutschnationalen und die Rechten der D. Sp., der Bayr. Sp. und der Wirtschaftspartei. Der Antrag Wunderlich (Sp.) auf Ausschaltung der Schiedsgerichtverfahren aus dem Gesetz wird abgelehnt.

§ 2 des Gesetzes wird hierauf im Hammersprung mit 197 gegen 149 Stimmen angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag, in der Einleitung die Bemerkung über den verfassungsändernden Charakter des Gesetzes zu streichen, wird im Hammersprung mit 183 gegen 171 Stimmen angenommen. Mit 10 Stimmen Sozialdemokraten, Zentrum und die Demokraten Lemmer, Schneider und Ziegler.

Danach ist das Sperrgesetz mit einfacher Mehrheit angenommen.

Abg. v. Lindener-Wildau (Dnoll.): Der Reichstag hat heute zum ersten Male durch Mehrheitsbeschluß gegen einzelne Regierungsparteien sich selbst die Verfassungsmäßigkeit seiner Beschlüsse beschworen. Die Deutschnationalen lehnen dafür die Verantwortung ab.

Präsident Lohse: Das ist nicht richtig. Der Reichstag hat durch diesen Beschluß den dazu berufenen Instanzen die Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes überlassen.

Es folgt die dritte Beratung der Verlängerung des Republikshungesetzes.

Abg. Maslowitz (Kom.) protestiert gegen die Verbote kom-

munistischer Zeitungen auf Grund des Republikshungesetzes. Unter Verletzung aller Rechtsgrundsätze wurden kommunistische Redakteure verhaftet.

Abg. Dr. Goebbels (Nat. Soz.) hält eine Rede gegen die Republik mit Ausfällen gegen die Sozialdemokratie, Gustav Bauer und Abg. Heilmann. Die Nationalsozialisten seien gegen politische Morde, sie brauchen kein Republikshungesetz, sie würden die Sozialdemokraten legal aufhängen.

Damit schließt die Besprechung, die Schlußabstimmung wird zusammen mit der Verabschiedung des Etats erfolgen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Handelsverträge mit Estland und mit der Schweiz. Zustimmung zu den Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz verlangen die Kommunisten halbstündige Redezeit, da es sich um wichtige Zollfragen handle. Das Haus beschließt jedoch auf Antrag der Rechten, die Redezeit auf 10 Minuten festzusetzen.

Abg. Stoerer (Komm.) protestiert gegen diesen Beschluß, zumal der Vorkonferenz halbstündige Redezeit für diesen Punkt festgesetzt habe.

Abg. Dittmann (Soz.) stellt fest, daß die Sozialdemokratische Fraktion nicht für den 10-Minuten-Antrag gestimmt hat.

Nachdem Abg. Schulz-Bromberg (Dnoll.) die Behauptung Stoerers über den Beschluß des Vorkonferenz bestätigt hatte, erklären die Führer mehrerer Fraktionen, namentlich mit halbstündiger Redezeit einverstanden zu sein. Demgemäß wird beschlossen und als erster spricht

Abg. Hoernle (Komm.), der unter den üblichen Angriffen auf die Sozialdemokraten die Zollpolitik bekämpft.

### Abg. Dittmann (Soz.):

Obwohl wir gemäß dem Beschluß des Vorkonferenz die Festsetzung der halbstündigen Redezeit mit herbeigeführt und vorher gegen den 10-Minuten-Antrag gestimmt haben, behauptete Abg. Hoernle, die Sozialdemokratie wolle gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien die Zolldebatte beschränken. Das Urteil über ein solches Vergehen überlassen wir dem Hause! (Geschrei der Kommunisten.)

Abg. Feder (Nat. Soz.) spricht für Schulz-Bromberg und beschuldigt die Kommunisten als Schützer des Kapitals aufzutreten.

### Abg. Simon-Franken (Soz.):

Der Abg. Hoernle, der sich als Sprecher der einzigen Arbeiterpartei bezeichnet, hat hier aus einer kapitalistischen Zeitung vorgelesen, daß die Schuhindustrie sich in günstiger Lage befinde. Die Wahrheit, wie sie aus gemerkwürdigen Kreisen hervorgeht, die aber Hoernle nicht beachtet, ist eine Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie von über 30 Prozent im Vorjahre und noch immer über 20 Prozent sowie eine Kurzarbeit von über 30 Prozent gegenüber 47 Prozent im Vorjahre.

Könnte durch Zollerhöhung die ganze Einfuhr behindert werden, so wäre es möglich, daß 4000 Arbeiter mehr Beschäftigung finden. Man kann aber auch durch Zollerhöhung nicht die ganze Einfuhr verhindern und außerdem werden gleichzeitig durch andere Zollerhöhungen alle Preise gesteigert, wodurch wieder der Gesamtkonsum auch der an Schuhen, eingeschränkt wird. Die Entscheidung des Ausschusses, die für fünfjährige Handelsverträge Zollerhöhungen verlangt, lehnen wir deshalb ab.

Abg. Hoernle (Komm.): Ich habe die Kollage der Schuharbeiter geschuldert, aber auch die guten Geschäfte der Schuhkapitalisten hervorgehoben, die sich auch aus den hohen Dividenden der Schuhfabriken ergeben. Dem Abg. Dittmann erwidere ich, daß die Sozialdemokraten nicht für den 10-Minuten-Antrag gestimmt, aber nicht dagegen protestiert haben; einige Sozialdemokraten haben uns sogar zugeworfen, wie könnten in 10 Minuten genug reden.

Abg. Dittmann (Soz.) wiederholt seine vorige Erklärung: Unsere Fraktion hat gegen den 10-Minuten-Antrag gestimmt. Wenn einige unserer Fraktionsmitglieder, die von dem Beschluß des Vorkonferenz nichts wußten, sich anders verhalten haben, so kommt es darauf nicht an. Für die Beurteilung einer Fraktion ist entscheidend, was ihre Führer und ihre Mehrheit tun.

Abg. Simon-Franken (Soz.): Es bleibt dabei, daß Abg. Hoernle aus einer kapitalistischen Zeitung vorgelesen hat, der Schuhindustrie gehe es gut.

Die Ausschüßenschiebung wird gegen die Linke, die Vorlagen selbst werden mit großer Mehrheit angenommen und verabschiedet. Damit sind auch die Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz ratifiziert.

Einige Anträge der Rechten zur Zucker- und Biersteuer gehen an den Steuerauschuß, nachdem Abg. Ende (Komm.) gegen sie und die Zölle überhaupt gesprochen hatte.

Das Auslieferungsgesetz wird von der Tagesordnung abgesetzt, da eine größere Debatte darüber zu erwarten ist, die Sitzung jedoch wegen Fraktionsberatungen beendet werden muß.

Gegen 7 Uhr vertagt sich das Haus auf heute Mittwoch 10 Uhr: Dritte Beratung des Sperrgesetzes, Abstimmung zum Republikshungesetz, dritte Lesung des Etats und Zollanträge.

## Zeitproletarier Hugenberg.



Hugenberg: „Den Sekt lassen Sie diese Woche fort. Wir wollen uns im Anschluß an meine Marburger Rede darauf trainieren, eine Zeitlang als Proletarier zu leben.“



# BILIG GUT BEI UNS



## EXTRA-PREISE

Verkauf nicht an Wiederverkäufer. — Verkauf soweit Vorrat. — Mengenabgabe vorbehalten.

**Damen-Strümpfe 90**  
Seidenfar oder Mako ..... Paar Pf.

**Herren-Socken 90**  
Seidenfar mit Kunstseide ..... Paar Pf.

**Crêpe Caid 2<sup>90</sup>**  
reine Wolle, in den neuesten Farben, ca. 130 cm breit ..... Meter

**Crêpe Georgette 5<sup>50</sup>**  
reine Seide, gute Kleiderqualität ..... Meter

**Mod. Glocken 2<sup>75</sup>**  
aus Naturstrohpelz, in Verbindung mit Stroh ..... Stück

**Damen-Hüte 2<sup>90</sup>**  
aus Pantallitze, in grosser Formenauswahl, mit apart. Handgarnituren, Stück

### Damen-Wäsche

**Strumpfhaltergürtel 78**  
gute Jacquardqualität ..... Stück Pf.

**Hemdhosens 95**  
mit Stickerei und Hohlzungengarnierung ..... Stück Pf.

**Kunstseid. Schlüpfer 95**  
gute Qualität ..... Stück Pf.

**Kunstseid. Hemdhosens 1<sup>95</sup>**  
mit Spitzengarnierung ..... Stück

**Bubi-Nachthemden 2<sup>65</sup>**  
farbiger Batist ..... Stück

**Kunstseid. Unterkleider 2<sup>95</sup>**  
mit Spitzen ..... Stück

**Stuben-Handtücher 58**  
weiss, halbliniertes Gerstenkorngewebe, mit Jacquardkante, ca. 100 cm lang, Stück

**Kopfkissen-Bezüge 95**  
mit Klöppeleinsatz ..... Stück Pf.

**Selbstbinder 80**  
mod. Muster, grosse Auswahl ..... Stück 2,45, 1,75 Pf.

**Oberhemden aus Perkal 2<sup>90</sup>**  
gefütterte Brust und Kragen ..... Stück

### Grottier- und Badewäsche

**Frottierhandtücher 85**  
gute Qualität, mit Bordüre, Stück

**Frottierhandtücher 1<sup>95</sup>**  
gute Jacquardqualität, ca. 33/110, Stück

**Badeschuhe 95**  
Gummi, in vielen Farben ..... Paar Pf.

**Badehauben 25**  
moderne Form ..... Stück Pf.

**Badetrikots 95**  
gute Qualität, Herrengrösse, St.

**Bademäntel 9<sup>75</sup>**  
farbige Jacquardmuster ..... Stück

**Hemden für Herren 1<sup>95</sup>**  
mit Doppelbrust, Vorderabschluss, echt ägyptisch Mako ..... Stück

**Pullover für Damen 2<sup>90</sup>**  
ohne Ärmel, in modernen Ausführungen ..... Stück

Ausserdem:

## Kleinpreisangebote von Wert!

**5 Pf.**

- 2 Briefe Nähadeln oder
- 3 Pack Haarnadeln oder
- 3 Stück Schneiderkreide oder
- 2 Schlüsselringe oder
- 1 Paar Senkel oder
- 5 Meter Bobbinband

**10 Pf.**

- 1 Kopierrad oder
- 1 Nadelmappe mit sortierten Nadeln, oder
- 1 Brief bunte Stecknadeln oder
- 5 Meter Leinenband oder
- 1 Paar kunst. Wäscheträger oder
- 1 Rolle Obergarn 200 Meter,

**25 Pf.**

- 3 Meter Ia Gummilitze oder
- 8 Knäuel Stopfgarn oder
- 3 Karten Wäscheknöpfe versch. Gr. oder
- 1 Bierbether Traubenmuster, oder
- 1 Bubi-Haube oder
- 1 Tube Regia-Zahnpasta

**50 Pf.**

- 1 Compotts ca. 18 cm, glattes Flächenmuster, oder
- 1 Tasse od. 1 Teller 19 cm, China blau, oder
- 1 Kartoffelpresse oder
- 1 Schüssel weiss emailliert, 34 cm, oder
- 1 grosse Flasche Badekristalle versch. Grösse, od.
- 1 Metall-Seifendose stark vernick.

**95 Pf.**

- 1 Obstkorb Porzellan, rund oder oval, oder
- 6 Kompotteller od. 6 Kompottischchen glän. Flächenmuster, oder
- 1 Wanne weiss emailliert, oder
- 1 Eimer weiss emailliert, oder
- 1 Kasserolle emailliert, oder
- 1 Holz-Tablett

Ausserdem:

**Margarine Pfund 50 Pf.**

**Bratenschmalz Pfund 75 Pf.**

**Steinbuscher Pfund 78 Pf.**

**Kaffee in eigener Rösterei gebrannt, Pfund 2<sup>10</sup>**

## Billige Lebensmittel

**Gefrorenes Hammel-86**  
vorderfleisch Pf. von an

**Prima Eisbein 58**  
mit Spitzholz, gepökelt, Pfund Pf.

**Kohlrabi Mandel 15 Pf.**

**Kirschen Pfund 34 Pf.**

**Aprikosen Pfund 44 Pf.**

**Himbeersaft gute Qualität, mit Kalbsade eingekocht 1<sup>35</sup>**  
1/2 Champ.-Flasche (Preis ohne Flasche) 13,-

# HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Strasse • Brunnenstrasse • Kottbuser Damm • Wilmersdorfer Strasse • Andreasstrasse



# Er fühlte sich zurückgesetzt.

## Wie Manasse Friedländer zu seiner Tat kam.

Der Fall Manasse Friedländer scheint so wenig kompliziert, wie die Psychologie des Bruderhasses überhaupt. Das Normale ist, daß der ältere Bruder den jüngeren tyrannisiert; jener ist das Objekt des Reides und des Hasses für diesen. Hier war es umgekehrt: der Jüngere tyrannisierte den Älteren, verbot ihm den Mund, bearbeitete ihn mit Fäusten, drängte ihn, der sich schließlich in der unseligen Tat Luft machte, in eine angsterfüllte Abwehrstellung. Der jüngere Bruder hatte sich gegen die Vorrechte der Erstgeburt aufgelegt, sein Schwächegefühl dem Älteren gegenüber durch Training und Sport wettgemacht, sich von der Tyrannei des anderen befreit. Wurde er als Knabe von ihm geprügel, so war er jetzt zu seinem Tyrann geworden. Der Erstgeborene verzog ihm das nicht, er konnte es auch der Mutter nicht verzeihen, daß sie, die ihn, den Älteren, früher vorgezogen hatte, sich nun dem jüngeren zuwandte und sich mit diesem gegen ihn vereinte. Minderwertigkeitsgefühle, das unbefriedigte Ansehungsbedürfnis, Angstzustände dem Bruder gegenüber, das Bewußtsein der Ohnmacht, Gefühl der Einsamkeit und Verlassenheit, des Abgesondert- und Ausgestoßenseins, das alles genügt nicht, um die Tat zu erklären. Die gleichen Mechanismen sind in tausend ähnlichen Fällen in Tätigkeit — wenn vielleicht auch nicht mit gleicher Intensität und unter weniger begünstigenden Verhältnissen wie hier, wo zur Verständnisslosigkeit der Mutter, die ja die Gegenläufe nur noch schürte, die Passivität des Vaters hinzukam. Auch die Vorliebe des jungen Menschen für die Verbrecherwelt, die vielleicht gewisse Gedankenschranken um ihn niederzureißen geeignet war, die sonst Hemmungen ausgelöst hätten, reichte nicht zur Erklärung der Tat aus.

Etwas in ihm mußte noch hinzukommen, damit das Unglück geschehen konnte. Dieses „Etwas“ karzistellen, bemühen sich gefesselt vergeblich Verteidiger und Vorstehender. Letzten Endes steht man hier vor einem Charakter- und Erziehungsproblem. Darin liegt trotz der Abwegigkeit der Tat die Bedeutung des Falles Friedländer.

Deshalb ist es gut, daß eine Pädagogin, wie die Genossin Wegscheider, der Verhandlung als Sachverständige beizohnt. Die Donnerstagsitzung wird hoffentlich mehr Licht über die Persönlichkeit des Angeklagten bringen.

Eigentümlich, wie ruhig Manasse Friedländer seine grausige Tat schildert. Nur hin und wieder verziehen sich seine Lippen zu einer Grimasse. Als Waldemar ihn am verhängnisvollen Abend mit seinen Fäusten bedrängte und gerade dabei war, noch einmal mit der Faust auszuholen, packte ihn sinnlose Wut, und er schob „Unablässig“, sagte er — in Wirklichkeit waren es nur zwei Schläge. Wie Waldemar stürzte, will er nicht gesehen haben. Den nächsten Augenblick kam aber schon Földes aus dem Schlafzimmer gelaufen. Manasse sprang ihm mit vorgehaltenem Revolver entgegen. Földes trat den Rückzug ins Wohnzimmer an. Manasse ihm hinterher. Er stürzte über einen Stuhl, schob, und sah Földes fallen.

Jetzt kam er zur Befinnung.

Er zog einen Revolver an, steckte den Revolver in die Tasche, begab sich auf die Straße, bestieg eine Taxe und fuhr zum Polizeigebäude. Hier überlegte er den Revolver und sagte:

„Ich habe zwei Leute erschossen.“

Der Vorstehende will wissen, ob ihm der Gedanke, den Revolver gegen den Bruder zu gebrauchen, schon beim Kauf des Revolvers gekommen sei. „Das nicht“, sagte der Angeklagte. „Ich habe mir aber gedacht, daß ich Waldemar mit Hilfe der Waffe von mir abhalten und ihn kampfunfähig machen könnte.“ „Sie haben also mit dem Gedanken gespielt“, sagte der Vorstehende. Es kommt auch noch die Aussage des Angeklagten zur Sprache, die er im April vor dem Untersuchungsrichter gemacht hat: Er wollte

damals die Tat aus Eifersucht begangen haben. Der Angeklagte erzählt, daß ihm diese Version eigentlich von seiner Mutter suggeriert worden sei, und daß er in einem späteren Brief an seinen Verteidiger diese Darstellung widerrufen habe.

Rechtsanwalt Brandt und der Vorsitzende dringen immer wieder in den Angeklagten, daß er es doch vorzüglich mache, weshalb er sich zurückgesetzt fühlte und wie es schließlich zu den Schüssen gekommen sei. Der Angeklagte kann nur sehr schwer darüber Aufschluß geben, er versucht noch einmal, seine Gedanken zusammenzufassen und sagt: „Das Verhalten meines Bruders gegenüber und meine Ohnmacht hat bei mir ein Angstgefühl hervorgerufen, das mich in meinem Beisein stets erfüllte. Die Mutter hat durch ihr Verhalten den Bruder in seiner Handlungsweise mir gegenüber nur noch verstärkt, der Vater wußte, wie der Bruder mit mir umsprang und schritt nicht ein. Das Gefühl der Ohnmacht hat bei mir eine Depression ausgemittelt; in diesem Zustande werde ich wohl zum Revolver gegriffen haben.“

### Nach der Tat.

Der Kriminalbeamte Geißler und der Reviervorsteher schildern das Benehmen des Angeklagten nach der Tat. Zu Geißler sagte er: „Gehen Sie schnell in die Wohnung, bevor meine Eltern kommen, und helfen Sie den Beiden, wenn noch zu helfen ist.“ Zum Reviervorsteher meinte er: „Sorgen Sie dafür, daß nichts in die Zeitungen kommt.“ Die Beamten fanden Waldemar tot vor, Földes röchelte noch und bewegte sich in seinem Blute hin und her. Im Zimmer war eine Unordnung, wie nach einem Kampfe. Als der Reviervorsteher Manasse mittelste, daß Bruder und Freund tot seien, fragte er: „Wie ist die Stimmung meiner Eltern?“ „Das werden Sie sich wohl denken können“, antwortete der Beamte.

### Die Persönlichkeit des Angeklagten.

Der Zeuge Sternbach hat mit Manasse und Waldemar Friedländer die jüdische Religionslehre besucht. Er war auch bei den Brüdern zu Hause und gehörte mit ihnen derselben Pfadfindergruppe an. Für das Verständnis des Angeklagten ist eine Episode während einer Gruppenfahrt in den Böhmer Wald von Interesse. Er weigerte sich, sein Geld in die gemeinsame Kasse zu legen; deshalb wurde er ausgeschlossen. Von den Kameraden hielt er sich auch während der Fahrt fern, war verschlossen und lachte nur selten. Waldemar, der das Bogen erlernt hatte, bandelte sehr gern mit allen an, hatte es, mit seiner Kraft zu zeigen, und trieb es derart, daß der Zeuge sich ihm schließlich entfremdete; auch sonst wollte er immer der Erste sein. Erst im Herbst traten beide einander wieder näher. Der Zeuge hatte auch sonst öfter Gelegenheit, die Brüder zu beobachten.

So erlebte er es einmal, wie Waldemar wegen einer Richtigkeit dem Manasse den Mund verbot und dann den Sträuben- den schmerzhaft am Genick faßte und ihn aus dem Zimmer ließ.

Ein anderes Mal ohrfeigte er ihn, was von seinen Manasse nur die eine Folge hatte, daß er sich stillschweigend an den Schreibtisch setzte. Der Zeuge empfand das Verhalten Waldemars zu Manasse als äußerst roh, beschämend und niederdrückend. Waldemar sagte ihm auch einmal: „Ich kann den Manasse nicht ertragen.“ Er sprach Bekannten gegenüber von ihm nicht anders als verächtlich: er sei ein blöder Kerl, ein Idiot, er könne nichts und taue zu nichts. Das Verhalten Manasse Friedländers zu Tibor war unbeständig; bald vertrug er sie, bald sprachen sie nicht miteinander. Tibor brüstete sich auch Manasse gegenüber seiner Erfolge bei den Mädchen. Der Widerredakteur Wolga, Manasses Borgelehrer beim Kyston-Kew-Berlag ründet das Bild von der Persönlichkeit des Angeklagten ab. Manasse zeigte übermäßigen Eifer bei der Arbeit und trug sich dabei mit phantastischen Plänen. Dem Zeugen fiel es besonders auf, daß er trotz des Verbotes, nach 18 Uhr im Bureau zu bleiben, nicht nach Hause wollte.

Als er ihn einmal zur Rede stellte, sagte Manasse: „Ich weiß gar nicht, wo ich hin soll, ich habe kein Heim.“ und tat dabei ganz verzweifelt.

### Jack London:



(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus).

Das Ergebnis, ein Roman, war ein Fehlschlag gewesen. Weder Redakteure noch Verleger hatten ihn auch nur ansehen wollen, und Danlight benutzte den enttäuschten Autor jetzt als eine Art Privatdetektiv. Jones, der gern so tat, als ob er durch nichts zu verblüffen sei, zeigte auch keine Ueberraschung, als ihm der Auftrag gegeben wurde, herauszufinden, wer eine gewisse Stute gekauft hatte.

„Wie hoch soll ich gehen?“ fragte er.  
„Zahlen Sie jeden Preis. Sie haben sie herzuschaffen, das ist die Hauptsache. Drücken Sie den Preis soviel wie möglich, um keinen Verdacht zu erregen. Dann liefern Sie das Pferd an diese Adresse in Sonoma ab. Der Mann ist Bewalter auf einer kleinen Ranch, die ich gekauft habe. Sagen Sie ihm, daß er gut für das Pferd sorgen soll. Und nachher vergessen Sie die ganze Geschichte wieder. Erzählen Sie mir nicht den Namen des Mannes, von dem Sie das Tier bekommen haben, nur daß Sie es abgeliefert haben. Savvy?“

Nach einigen Tagen bemerkte Danlight einen unheilvoll kündenden Schimmer in Dedes Augen.

„Ist etwas los — was?“ fragte er lähn.  
„Nah“, sagte sie. „Der Mann, der sie gekauft hatte, hat sie schon wieder verkauft. Wenn ich wüßte, daß Sie dahinter stecken —“

„Ich weiß nicht einmal, wer sie gekauft hat“, lautete Danlights Antwort. „Und mehr noch: Ich will mir nicht den Kopf darüber zerbrechen. Es war Ihr Pferd, und was Sie damit machen, hat nichts mit meinem Geschäft zu tun. Sie haben sie nicht mehr, das ist sicher, und daß ist ein Jammer. Aber da wir gerade mal dabei sind, möchte ich eine Sache mit Ihnen besprechen. Und Sie dürfen sich nicht davon verletz fühlen, denn es geht Sie eigentlich gar nichts an.“

Es trat eine Pause ein, in der sie ihn beinahe mißtrauisch betrachtete.

„Wie steht es mit Ihrem Bruder? Der Verkauf Ihres Pferdes wird wohl kaum genügen, ihn nach Deutschland zu schicken. Und dahin muß er ja, wie seine eigenen Lertze sagen — zu dem großen deutschen Spezialisten, der den Leuten Knochen und Fleisch herausreißt, Grütze daraus macht und sie ihnen dann neu wieder einleht. Schön, ich will ihn nach Deutschland schicken und diesem Wunderkerl eine Chance geben, das ist alles.“

„Ach, wenn das möglich wäre“, sagte sie fast atemlos und ganz ohne Aergern. „Aber Sie wissen ja selbst, daß es nicht möglich ist. Ich kann kein Geld von Ihnen annehmen.“  
„Warten Sie“, unterbrach er sie. „Würden Sie einen Schluck Wasser von einem der zwölf Apostel annehmen, wenn Sie am Verdursten wären? Oder wären Sie bange, daß er unlauteere Absichten hätte?“ — sie machte eine abwehrende Handbewegung — „oder was die Leute darüber sagen würden?“

„Aber das ist doch etwas ganz anderes“, begann sie.  
„Sehen Sie mal, Fräulein Mason. Sie müssen versuchen, sich ein paar dumme Begriffe aus dem Kopf zu schlagen. Die Geldbegriffe sind mit das Komischste, was ich erlebt habe. Geseht, Sie stürzten von einem Felsen, wäre es da nicht ganz in der Ordnung, wenn ich Ihnen die Hand reichte und Sie am Arm griffe? Sicherlich. Geseht aber, Sie bräuchten eine andere Art Hilfe — statt der Stärke meines Armes die Stärke meines Beutels? Das würde verkehrt sein. Das sagt man. Aber warum sagt man das? Weil die Räuberbanden wollen, daß die Dummen ehrlich sein und das Geld achten sollen. Wären sie das nicht, wo wären die Räuber dann? Sehen Sie das nicht ein?“

Dede weigerte sich immer noch, und Danlights Gründe wurden unangenehmer.

„Ich kann mir nur denken, daß Sie sich Ihrem Bruder in den Weg stellen, weil Sie die ganz falsche Vorstellung haben, ich wollte Ihnen auf diese Weise den Hof machen. Das tue ich aber gar nicht. Ich hab' Sie nicht gefragt, ob Sie mich heiraten wollen, und wenn ich es tue, dann werde ich mir ihr Jawort nicht erlauben. Wenn ich die Frage stelle, dann tue ich es offen und ehrlich.“

Dede errödete vor Zorn.  
„Wenn Sie wüßten, wie lächerlich Sie sich machen, dann würden Sie aufhören“, plähte sie heraus. „Sie können mir das Leben unangenehmer machen als irgendein Mann, den ich kenne. Jeden Augenblick lassen Sie mich verstehen, daß

Für die Art des Angeklagten ist es auch charakteristisch, daß er den Bruder des Direktors, der übrigens nicht 23 Jahre, sondern 28 Jahre alt ist und schon sechs Jahre in der Branche arbeitet, nicht als Borgelehrten anerkennen wollte. Interessant war auch das Verhalten zu seinen Kollegen. Er hatte mit niemandem zu tun und tat seinen Altersgenossen gegenüber sehr überheblich. Diese hänselten ihn und nannten ihn Doktor und Professor. Er schloß sich nur einem buckligen Jungen an. Der Zeuge hat schon damals Manasse durchschaut. Seine Ueberheblichkeit den Altersgenossen gegenüber und sein Grobheit vor den Erwachsenen, so meint der Zeuge, sei nichts anderes gewesen als ein Ueberdosen seiner Geringschätzung sich selbst gegenüber. Der Vetter des Angeklagten, der Student Jakob Friedländer aus Wetland, hat auch öfter Gelegenheit gehabt zu beobachten, wie Waldemar seinen Bruder beherrschte und beschimpfte. Manasse lächelte nur und sagte nichts. Waldemar war der Liebling der Mutter.

Damit findet die Sitzung ihr Ende. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag 9 Uhr statt. Es werden die Eltern und Lehrer des Angeklagten vernommen werden.

### Kaufmann Pinfus nicht ermordet?

#### War es ein Selbstmord oder Unglücksfall?

Das Geheimnis um den rätselhaften Tode des Berliner Kaufmannes Dr. Pinfus ist zwar noch immer nicht vollständig geklärt, doch gewinnt nach den letzten Ermittlungen immer mehr die Annahme Wahrscheinlichkeit, daß der Tote das Opfer eines Unglücksfalles geworden ist oder freiwillig aus dem Leben geschieden ist. Beinahe mit Sicherheit kann angenommen werden, daß ein Verbrechen nicht vorliegt.

Inzwischen konnte ermittelt werden, daß Pinfus den Sonntag in Frankfurt a. d. Oder verbracht hat. Er hat dort Bekannte besucht und sich einen kleinen Geldbetrag für die Weiterreise geliehen. Damit ist auch der Beweis erbracht, daß Pinfus bei seiner Rückkehr aus Polen keineswegs im Besitz größerer Barmittel gewesen sein kann. Bei einer nochmaligen genauen Durchsicherung der Taschen des Toten konnte jetzt auch die bisher vermischte Fahrkarte gefunden werden. Es ist ein Billett 3. Klasse mit Schnellzugzuschlag für die Strecke Frankfurt a. d. O. — Sommerfeld. Weiter wurde ermittelt, daß Pinfus den um 1 Uhr 2 Minuten von Frankfurt a. d. O. abgehenden Schnellzug, der Sommerfeld um 2 Uhr 13 Minuten erreicht, benutzt hat. Der Zweck dieser Reise ist noch ungeklärt.

Auch das Obduktionsergebnis spricht gegen einen gewaltsamen Tod. Die schweren Wunden am Hinterkopf rühren nicht von Stichen her, sondern sind beim Aufschlag auf den Bahnhöfen entstanden. Außer einigen kleinen beim Sturz erhaltenen Hautabrisuren wurden an der Leiche keine Spuren äußerer Gewalt entdeckt. Man will sogar noch weitergehen und den Inhalt des Dormies und Wagens auf das etwaige Vorhandensein eines Giftes oder Betäubungsmittels untersuchen lassen, da u. a. die Person aufgelaugt ist, daß Pinfus durch ein Narkotikum betäubt und aus dem Zuge geworfen ist.

Die vermischte Uhr befindet sich, wie mitgeteilt wird, zur Reparatur bei einem Warschauer Uhrmacher. Trotzdem bleibt der Tod des Kaufmannes noch äußerst geheimnisvoll.

### Familienbad wirkt sittlich verderbend.

In Kachen lehnte die Stadtverordnetenversammlung einen sozialdemokratischen Antrag auf Einrichtung eines städtischen Familienbades mit 25 gegen 24 Stimmen ab. Das Zentrum, drei Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft und ein Vertreter der Wienerpartei wandten sich gegen den Antrag mit der Begründung, daß das Familienbad „sittlich verderbend“ wirke und vor allem die Jugend gefährden könnte.

In einigen Tagen beginnen die Ferien, und Zehntausende reisen in die Ost- und Nordseebäder, wo es fast nur noch das sittlich verderbliche Familienbad gibt. Schrecklich! Schrecklich!

Sie mich nicht gebeten haben, Ihre Frau zu werden. Ich warte nicht darauf, daß Sie mich fragen, und ich habe Ihnen vom ersten Tage an gesagt, daß Sie keine Aussicht hätten. Und doch halten Sie die Drohung immer über meinem Haupte, daß Sie eines Tages die Frage an mich stellen wollen. Tun Sie es doch gleich, dann können Sie Ihre Antwort haben, und die Sache ist erledigt.“

Er betrachtete sie forschend mit ehrlicher Bewunderung. „Ich brauche Sie so sehr, Fräulein Mason, daß ich nicht wage, Sie jetzt zu fragen“, sagte er mit tomischem Ernst in Ausdruck und Tonfall, daß sie den Kopf zurücklegte und in ein freies knochenhaftes Lachen ausbrach. „Wie ich Ihnen zudem sagte, bin ich in diesen Dingen ganz unerfahren. Ich habe noch nie einer Frau den Hof gemacht und möchte nicht gern etwas Verkehrtes tun.“

„Aber Sie tun ja die ganze Zeit nichts anderes“, rief sie heftig aus. „Das ist noch nicht dagewesen, daß ein Mann einer Frau den Hof gemacht hat mit der dauernden Drohung, ihr einen Heiratsantrag zu machen.“

„Ach, will es nicht wieder tun“, sagte er demütig. „Aber das hat nichts mit der Sache zu tun. Was ich vor einer Minute gesagt habe, gilt noch. Sie stehen Ihrem Bruder im Wege. Was für Vorstellungen Sie sich machen, ist mir ganz gleichgültig, deshalb müssen Sie doch beiseitretreten und ihm eine Chance geben. Wollen Sie mich zu ihm gehen und mit ihm über die Sache reden lassen? Ich werde schon einen ganz geschäftlichen Vorschlag draus machen. Ich will ihm helfen, gesund zu werden, und dann kann er es mit Zinsen zurückzahlen.“

Danlight hatte die volle Wahrheit gesprochen, als er Dede sagte, daß er keinen wirklichen Freund hätte. Obgleich er mit Tausenden auf gutem kameradschaftlichen Fuße stand, mit Hunderten trank, war er dennoch einsam. Er hatte nicht den einen Mann oder die Gruppe von Männern, mit denen er völlig vertraut hätte werden können. Die Stadt schuf keine Kameradschaft wie das Leben in Alaska. Zudem waren die Männer hier und dort weit voneinander verschieden. Die Verbindung mit den ihm verächtlichen Geschäftsleuten wie mit den Selbmademännern von San Franzisko war ihm aus rein praktischen Gründen diktirt worden. Ihre freimütige Brutalität war ihm sympathischer gewesen, aber Achtung hatten sie ihm nicht einzuschleichen vermocht. Sie neigten zu sehr zu Schleichwegen. (Fortsetzung folgt.)







## Ein Dichter des Proletariats

### Martin Andersen Nexö zum 60. Geburtstag

I.

Die medizinische Psychologie wird sich immer mehr der Wichtigkeit bewußt, die die Hemmungen und Lösungen der jugendlichen Psyche für das spätere Leben bedeuten. Die Rolle aber, die im Leben des schöpferischen Menschen und in seiner Leistung, dem Kunstwert, die Kindheitserfahrung spielt, ist kaum in ihrer Bedeutung erkannt. Und doch ist es so, als ob die Festigkeit der Erlebnisse und die Unmittelbarkeit, mit der diese Erfahrungen ausgelesen werden, Urgrund bilden können für die gesamte spätere Leistung eines Künstlers. Man kann rückblickend sagen, daß in manchen Fällen nur Erlebnisse, die mit der Innigkeit und Hemmungsfähigkeit der Jugendperiode erfüllt wurden, zur dichterischen Befähigung reif werden. Bei vielen Dichtern reißt die Kindheitsverwundung das Tor zur schöpferischen Leistung auf, und die Jugendeindrücke bleiben das reichste und edelste Material. Zu diesen Dichtern gehört Martin Andersen Nexö.

II.

Gewiß: Nexö ist Sozialist. Ein Kämpfer für die Sache der Entrechteten; ein optimistischer Gläubiger an den Sieg der Gerechtigkeit. Aber Grund und Unterlage seiner Werte sind die Erlebnisse des Knaben Nexö, die sich mit ungeheurer Festigkeit in seine Seele eingeschrieben haben. Die Bilder, die seine Romane wiedergeben, sind in tiefer Unbewußtheit erlebt und aufgenommen; mit aller Zartheit und Wärme umhüllt, wie es das warme lebendige Gefühl des sensiblen Knaben zu geben hatte.

Der Vater Nexös war Steinmetz, der einem alten Bornholmer Bauerngeschlecht entstammte. In „Belle, der Eroberer“, dem großen Werk, das Nexös ganze Entwicklung wiedergibt, ist erzählt, wie der Junge — spielerisch Knabe und Mann zugleich, der für sich selbst aufzukommen hat — seine Erfahrungen macht; wie er sich den Schadel an den Widerständen des lebendigen und toten Objekts einrennt, bis er wie ein wildes Füllen lernt, ihnen auszuweichen; wie das Leben sich ihm zugleich kindlich zauberhaft und nüchtern-fachlich darstellt; wie er den alten armen Vater mit der göttlichen Mäorie der Allmacht umkleidet. „Er war einfach da, stand wie eine schützende Mauer hinter allem, was man unternahm. Er war die eigentliche Vorsehung, die große Justiz in Gutem und Bösem; er kannte alles, was er wollte — Vater Basse war allmächtig.“ Der zweite Band schildert Belles „Lehrjahre“; der dritte Band „Der große Kampf“ ist nicht mehr allein Belles Kampf und Wachstum, sondern das Ringen der Arbeiterklasse, des Proletariats. Jetzt erst dämmert ihm das Bewußtsein, daß es notwendig ist, die zerstückelten Kräfte zusammen zu fassen, und daß nur die geschlossene Gemeinschaft den Sieg über die Bedrücker erringen kann. Der letzte Band „Morgenröde“ gibt durch das Beispiel der Lat den ersten Sieg des neuen Standes.

Nexö hat — abgesehen von einigen Berichten — erst spät zu schreiben angefangen. Vielleicht hätte sich diese dichterische Kraft nie so stark entfaltet, wenn sie nicht der Sozialismus ergriffen und begeistert hätte. Unter weichen schweren Umständen Nexö sich seine Bildung erwarb, beweisen die Schilderungen seiner Lehr- und

Wanderjahre. Zuerst war der schwächliche Knabe Hütejunge auf einem Bauernhof, dann vierundzwanzig Jahre Lehrling bei einem Schuster, dann Maurerhandlanger bei dem Bau von Fabriksteinen. In den Zwischenzeiten der Arbeitslosigkeit besuchte er die Hochschulen zu Bornholm und Askow, und kam hier in einen Kreis von jungen Menschen, die dem von allen Möglichkeiten des Lebens abgeschnittenen Proletariat eine neue Welt eröffneten. Doch kaum, daß sich ihm das Leben zu lichten begann, da überfiel ihn Krankheit; eine mittelbare Seele pflegte den Todgeweihten, und als die schlimmste Gefahr vorüber war, reiste er mit wenigem Geld, das man für ihn aufgebracht hatte, nach dem Süden. Zur Heimreise reichte es nicht mehr. Zwei Jahre verbrachte Nexö in Italien und Spanien, lebte unter den Armen, „lag krank in elenden Herbergen und ganz allein“, ernährte sich kümmerlich, „indem er Artikel für dänische Broschüren schrieb, doch war die Bezahlung gering“. Als Nexö wieder in die Heimat zurückkehrte, machte er sein Examen und erhielt eine Stelle als Lehrer für dänische Sprache. Hier schrieb er seine ersten Bücher des Nachts, wenn er mit den Vorbereitungen für die Schule fertig war. Doch diese zweifache Tätigkeit nahm seine Kräfte in so starkem Maße mit, daß er 1901 die Lehrtätigkeit aufgeben mußte. Und seit dieser Zeit hat er ausschließlich von der Feder gelebt.

III.

Die ersten literarischen Arbeiten Nexös sind ohne sozialistische Ausdrücke, wenn sie auch in ihrer Anschauungswelt voller Mitleid mit den Unterdrückten sind.

„Glück“ ist eine Legende vom traurigen Leben der Armen, wo selbst das Paradies von Schmerz und bedeckt ist. Der „Tod“ verheißt einem armen Steinbrucharbeiter mit vielen Kindern das Glück und einen kleinen Bauernhof auf eigener Scholle. Das Ersehnte erfüllt sich, wird von der armen Familie mit Schauern der Freude und unglücklicher Bewunderung begrüßt. Der Vater ist bei einer Sprengung im Steinbruch zum Krüppel geworden. Die Unfallversicherung ermöglicht ihm zu erringen, für was seine Ahnen sich fruchtlos zu Tode geschuftet haben, ermöglicht ihm, ein Grundstück zu kaufen und sein Feld zu bestellen. „Sonnetage, Reisebilder in Andalusien“ zeigen die Psyche und das harte, heitere und fatalistische Sein des südlichen Menschen. In „Familie Frank“ ist das Milieu grobster und die Handlung steht auf der Grenze zwischen Komik und Tragik. „Mutter“ und „Leberleib“, die in einer Zeit entstanden sind, da dieser von Geburt optimistische Dichter in Müdigkeit und Verzweiflung versank, sind die einzigen Bücher der Steppis, die Nexö geschrieben hat. „Stine Renjenskind“ ist das weibliche Gegenstück Belles: die passive Kämpferin um das schwere und geliebte Leben; um das nackte, traurige Sein eines mütterlichen Weibes.

Nexös Werk ist aus Erlebnis entstanden und trägt darum das leuchtende Geheimnis des Dichters in sich. Weil dies Werk das künstlerisch reine, also wahrhaftige Erlebnis eines arbeitenden und gläubigen Menschen spiegelt, wird es immerhin echte Empörung und echte Begeisterung auslösen. Kurt Offenberg.

## Anderesen Nexö: Wenn die Not am größten

In dem kleinen Fischerdorf Raas war Schmollhans Küchenmeister; der Fang war während des ganzen letzten Jahres mehr oder minder selbgeschlagen, und ein ehrliches Brod gehörte nachgerade zu den Seltenheiten. Die Seeleute waren von all dem Studium auf Steuermannsschulen und dergleichen so vertrackt klug und aufmerksam geworden; und dazu kamen noch die modernen Erfindungen: Leuchtfeuer und Sirenen, und wer weiß wie viele andere Einrichtungen, die fleißigen und strebsamen Leuten das Brod vom Munde wegnahmen.

Man brauchte in dem kleinen Dorfe wohl noch nicht ganz und gar zu verhungern, aber zu mehr als gelohlenen Dorch oder Hering, mit Kartoffeln gefischt und mit Weibbrühe serviert, wollte es eben durchaus nicht reichen. Fleisch! — Wer dachte an Fleisch in diesen schlechten Zeiten! Man wußte kaum noch, wie das schmeckte, so lange war es her, seit man im Fischerdorfe kein Fleisch gesehen hatte. — Und der Schnaps? Ja, den trank man freilich noch unten in der Fischerkneipe, aber es geschah auf „Bump“, und gleichwohl drehte er sich einem im Magen um, wenn man dabei an Weib und Kind dachte.

Es war wahrhaftig kein Pläster, unter solchen Umständen Familienernährer zu sein: Denn was sollte man anfangen? Ein Boot zum Fischfang ins Meer zu lassen war unmöglich und hieß nur umsonst die Geräte gefährden. Die wenigen Fische, die einst da gewesen waren, hatten sich anderwärts hingezogen und durften nicht so bald zurück erwartet werden. Nein, das einzige Rettungsmittel war ein rechter Dichter, kalterdichter Rebel, der die Schiffe den Weg um die Landzunge verzeihen ließ.

In Vejlet, das am Anfang der Bucht jenseits der Landspitze lag, sah es nicht besser aus. Nur mit dem Unterschied, daß man da drüben unter den Felsen geschützte Hausie und eher etwas im Nachelofen entbehren konnte. Auch da hatte man die Jüderfisch auf sich selbst aufgegeben und sein Vertrauen auf die Vorsehung gesetzt; betete man aber in Raas auf der Landspitze um Rebel, so betete man in Vejlet um einen plötzlichen Seesturm als zu der einzigen Macht, die Hilfe bringen konnte.

Es schien, als sollten die Fischer in Vejlet zuerst erhört werden. Längere Zeit hatte ein gleichmäßiger Landwind geblasen, aber allmählich wuchs er zum Sturm und brachte das Wasser in der Bucht tief unter den täglichen Wasserstand. Und Schiff auf Schiff kam um die Landspitze gestrichen und trieb in die Bucht hinein, um dem Sturm standzuhalten. — bis zuletzt gegen zwanzig Ankerlieger versammelt waren.

Die Fischer in Raas wußten so gut wie jedermann, daß dieser Wind denen in Vejlet binnen zwei Tagen Fleisch auf den Tisch bringen müsse; und der Hunger ließ sie ihren Stolz überwinden und Boten hineinsenden mit dem Vorhag einer Beteiligung an der Bergungsarbeit, die recht beträchtlich zu werden versprochen.

Aber zwischen den beiden Dörfern war Feindschaft und so wies man sie ab.

„Hast du den Saft verloren?“ fragte man dem Lieberbringer des Anerbietens, darauf antwortend, daß er auf einem Bettelgang begriffen sei. „Sollen wir dir einen anderen anshaffen?“

Als die Leute in Raas das hörten, wurden sie erbittert und gedachten sich zu rächen, indem sie zu den Ankerliegern hinausfahren und sie warnten. Aber man gab es wieder auf. Es konnte doch allerlei auskommen, wenn man erst einmal in dieser Art anfang.

Sie begnügten sich also damit, mißgünstige Zuschauer abzugeben, als der Sturm ganz richtig nach zwei Tagen umschlag und zu einem Seesturm wurde. Oben auf den Anhöhen der Landzunge standen sie in Gruppen und warteten den Augenblick ab, da der Sturm sekundenlang rastete und dann plötzlich in kurzen heftigen Stößen ausbrach. Die Explosionen schallten sie in den Felsen, bis der Sturm sich dann wieder eine Weile legte, um zuletzt in endloses Toben zu verfallen.

Am Bord der Ankerlieger erwachte plötzlich eilige Geschäftigkeit. In einem Nu tummelte sich die Mannschaft auf dem Deck, durch den Sturm peitschten landeinwärts abgedrochene Rufe, oder ein losgerissener Klang der Handspaten am Gangspil beim Holen der Anker, oder das heftige Singende Krängen der eisernen Ketten, wenn die Anker von dem Vorsichtigen gelappt und im Stiche gelassen wurden. Man konnte an der Anspannung erkennen, daß die draußen wuhren, was es gelte; die Mannschaften liefen wie Elchhörner in Panten und Mastkörben umher, und Schiff um Schiff drehte sich ungelent im Winde und stapfte weiter mit Wasser und Wind am Luudug.

Ein dunkler Streifen schoß von jeder Landzunge vor; die beiden Streifen stießen schräg in einer prustenden Spitze zusammen und wandelten landeinwärts, bis sie sich mehr und mehr der geraden Linie näherten. Es war Hochwasser, das dem veränderten Wind auf den Felsen folgte. Drinnen auf der Reede begegnete es dem auswandernden Wasser und bildete Krappes; die Schiffe schwankten heftig und hieben den Bugspriet in die Wellen, und wenn die See sie aus ihrer liegenden Stellung emparschleuderte, schlug der Sturm in die Segel, so daß sie mit einem Krach zerrissen, dahingen und in der Luft katapultierten. Aber eines nach dem anderen legte sich wieder auf die Seite, daß die Raas das Wasser kühlten, kniffen sich im Winde fest und schüpften um die Kaaser Landzunge.

„Werden sie herankommen?“ das war die spannendste Frage für alle die Zuschauer da oben. Dort hinauf strebten sie nämlich, weil das Land dort nicht so weit hinausging. Und jeder Segler wurde auf seiner Fahrt um die Landspitze von vielen begierigen Blicken verfolgt. Einen Augenblick sah es aus, als wollte ein großer Dreimaster hängen bleiben; er hielt plötzlich inne, und ein Mast knickte vornüber. Eine kurze Minute wiegte er sich wie ein Schaukelstiel auf den Wellen, dann aber giht er weiter, und die

Hoffnung war erloschen. Eine Woge mußte ihn hinübergelassen haben, oder vielleicht war es der veränderte Druck auf die Segel, als der Achtermast brach, der ihn wieder flott machte.

Unten in der Bucht lagen noch fünf Schiffe, anscheinend in Ruhe — sie bauten auf ihre Anker. Sie lagen da und ritten auf strammen Ankertauen, den Steven nach außen und Deck und Tafelwerk reingefegt — es kam darauf an, Wind und Wasser einen möglichst geringen Widerstand zu leisten.

Drinnen an der Küste bei Vejlet gingen die Fischer auf und ab oder standen in Haufen hinter den aufgezogenen Booten. Mit diesen „Nachzügeln“ hatten sie gerechnet, und sie ließen sich nicht davon beitragen, daß die Schiffe sich anscheinend gut hielten, sondern trafen bedächtig ihre Vorbereitungen, um Leute und Ladung zu retten.

In Raas sprach man viele Tage lang von nichts anderem, als von dem Fang, den die Fischer in Vejlet gemacht hatten. Drei von den fünf Schiffen waren Bracks geworden, und der Bergungslohn würde sich wohl auf einige Hundert Kronen pro Mann belaufen.

Und hier in Raas nagte man nach wie vor am Hungertuche!

Aber nicht genug damit! Derselbe Sturm, der jenen Wohlstand brachte, hatte hier den einen Hafendamm zerstört, so daß es vielleicht Tausende kosten würde, ihn wieder instand zu setzen. Und dieser Hafen war für teures Geld angelegt worden, teils um Handel nach dem Dorfe zu ziehen, hauptsächlich aber, um den Einwohnern von Vejlet in die Rufe zu stehen. Und da drinnen, wo sie nicht einmal einen Bootshafen hatten und die Boote auf das nackte Ufer hinaufziehen mußten, da hatten sie nun drei ganze Bracks zum Knabbern und Beißen und konnten alle Nacht Festtafel halten, während man hier hungerte!

Und die Rettung, die einzige Rettung, der Rebel, blieb aus!

Aber eines Morgens, als die Fischer sich wie gewöhnlich am Hafensplatz sammelten, war er da und hing so dick über dem Wasser, daß man nicht von Nase zu Nase sehen konnte.

Alle die schweren Gesichter lebten merklich auf — endlich schlug die Stunde der Bergung.

Allorten wurde die lärmende Arbeit am Hofen unterfangt, man sandte Knaben nach allen Seiten mit dem Befehl, sich still zu verhalten, und das ganze Dorf sprach buchstäblich im Flüsterton und schlich auf den Socken umher, um durch keinen Laut den Schiffen zu verraten, wo das Land sich befände. Man stellte Wachposten auf den äußersten Felsen der Landzunge aus, und die Fischer zogen scharenweise hinauf zum Balkasten, der Dorfkeipe, um ein wenig Vorschau auf das Glück zu nehmen.

Allein der Tag verstrich und die Nacht dazu, ohne daß ein Schiff sich meldete. Selbst diejenigen, die stets das Beste voraussehen, verzweifelten den Mut, als sie am nächsten Morgen heraufkamen und hörten, wie die Dinge ständen. Es konnte kein Zweifel herrschen, daß der Rebel sich vormittags lichten würde, sobald die Sonne die rechte Macht erzielte.

Als sie jedoch am frühen Morgen am Hofen standen und dies erörterten, da ließ sich ein starkes Krachen von Eisen auf dem Felsen vernehmen, und gleich darauf drang eine schrille Bootsmannspfeife, von kräftigen englischen Kommandorufen gefolgt, durch den Nebel.

Augenscheinlich war es ein Dampfer, der ganz nahe herangekommen war; welche Ladung mochte er wohl führen? Jeder rief auf das, was er augenblicklich als das höchste aller menschlichen Güter betrachtete; einer hoffte fest auf Spedware, ein anderer auf Kognak.

Man traf bereits Verabredungen, was man für das Freimachen des Schiffes verlangen sollte, als der Värm starker Schläge auf Taumen über das ruhige Wasser herüberdrang. Kurz darauf folgte ein durchdringender Petroleumgeruch — man war also schon dabei, sich der Deckladung zu entledigen! Rasch wurde die Distillation abgebrochen und ein Boot hinausgeschickt, um Hilfe anzubieten. Allein der Kapitän, der sie nun plötzlich so leise vom Lande aus herankommen hörte, hatte wohl schlechte Erfahrungen mit Leuten ihres Schlages gemacht und empfing sie in schimmer Laune. Er schimpfte und schmur, keine Hilfe haben zu wollen, selbst wenn Schiff und Ladung in die Brüche gingen. Solche Schurken und Launenkerle, die nicht einmal eine Hafenslocke läuteten, wenn es neblig war! Aber nach ihm sollten sie sich nicht den Mund lecken! Haie und Strandkräuter, die sie waren! (Schluß folgt.)

### Aus der Geschichte der Pfeife

Nachdem Ricot die ersten Tabakpflanzen im Jahre 1560 in Frankreich eingeführt hatte, wurde der Tabak schon bald sowohl zum Schnupfen und Rauchen als auch zum Rauchen benutzt. Die ersten Tabakpfeifen kamen gegen Ende des 16. Jahrhunderts auf. Erdene Pfeifen gab es seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts, während die jetzt so beliebten Brügere-Pfeifen viel jüngeren Ursprungs sind. Pfeifen aus Holz waren schon lange gebräuchlich, aber erst 1854 hat ein gewisser David in Chaumont bei Saint Claude (Jura, Frankreich) angefangen, die Holzwurzel des Heidekrauts dafür zu verwenden, weil dieses Holz fast unverbrennbar ist. Das Heidekraut kann nämlich außerordentlich große Wurzeln bekommen, deren Holz ungemein hart wird. Es gibt deren, die 50 Kilogramm und mehr wiegen. Jumeilen findet man Wurzeln, die 200 bis 300 Jahre alt sind. Aus dem Wurzelholz kann man je nach seiner Qualität eine größere oder kleinere Anzahl Stücke schneiden, die zu Pfeifenköpfen verarbeitet werden. In Saint Claude ist eine große Industrie daraus entstanden, denn es gibt dort etwa 100 Fabrikanten, die 5000 bis 6000 Arbeiter beschäftigen und jährlich 45 Millionen Pfeifenköpfe in alle Welt liefern. 1914 wurden von der Weltproduktion in Höhe von 65 Millionen 28 in Saint Claude, 17 in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Rest in Deutschland, Italien, Oesterreich und England erzeugt. Neuerdings macht aber die Industrie in Saint Claude eine schwere Krise durch, weil der Gebrauch der Pfeife abnimmt und das Zigarettenrauchen zunimmt.

Das größte Fernrohr der Welt. Das größte Spiegelteleskop der Welt auf dem Mt. Wilson in Kalifornien besitzt einen Durchmesser von 2,8 Meter. Der dicke, parabolisch geformte Glaspiegel wiegt allein 4½ Tonnen. Nachdem es sich wegen der plastischen Eigenschaften des Glases als unmöglich herausgestellt hat, noch größere Stücke dieses Materials mit der erforderlichen Genauigkeit zu bearbeiten und vor allem in den mathematischen Flächen auch zu erhalten, wird gegenwärtig von dem brasilianischen Astronomen am Mt. Wilson-Observatorium ein neuer Spiegel von 5 Meter Durchmesser aus geschmolzenem Quarz hergestellt. Quarz läßt sich nicht schwerer bearbeiten als Glas und hat gegenüber diesem den Vorteil, daß es gegen Temperaturänderungen fast unempfindlich ist. Es darf wohl als sicher angenommen werden, daß das Werk gelingt und der astronomischen Forschung wieder einen weiteren Einblick in die Tiefen des Weltalls vermittelt.







# Die Agrarkrise in Ostpreußen.

## Die Lage nach dem neuesten Enquetebericht.

Wie wir bereits kurz mitteilten, hat der Enquete-Ausschuss den seit langem erwarteten Bericht über die Lage der ostpreussischen Landwirtschaft jetzt veröffentlicht. Der Bericht bestätigt in großen und ganzen das aus früheren Erhebungen bekannte Bild: faktisch große wirtschaftliche Schwierigkeiten in der Landwirtschaft, merkliche Besserung der Verhältnisse in den letzten Jahren, teilweise aber auch eine drohende schwere Krise.

Dass die Wirtschaftsergebnisse der landwirtschaftlichen Güter sich von Jahr zu Jahr bessern, zeigen wir bereits an einer statistischen Darstellung (siehe Nr. 289 des „V.“), nach der im Durchschnitt von mehreren hundert buchführenden Betrieben 1927/28 bereits wieder 4,50 M. Reinertrag pro Hektar erzielt wurden, während diese Betriebe 1924/25 noch einen Verlust von 41 M. je Hektar erlitten.

### Das ist in vier Jahren eine relativ starke Besserung.

Gegenüber den Vorkriegsreinerträgen von 45 M. je Hektar bleibt auch der jetzige Stand der Wirtschaftsergebnisse noch weit zurück. Der Reinertrag ist nun allerdings noch nicht Reingewinn, sondern von ihm sind noch die Schuldzinsen des Betriebes und die allerdings sehr geringen persönlichen Steuern zu bezahlen.

Die Zinslasten der ostpreussischen Landwirtschaft betragen nun durchschnittlich 30 bis 40 M. je Hektar. Der durchschnittliche Reinertrag reicht also bisher noch nicht zur Bezahlung der Zinsen aus, in einer großen Anzahl von Betrieben müssen vielmehr Kredite aufgenommen werden, um alte Zinslasten abzudecken. Die Schuldzunahme der ostpreussischen Landwirtschaft ist daher im Gegensatz zu der westdeutschen Landwirtschaft, wo die Zunahme der Spareinlagen bereits die Schuldzunahme überwiegt, noch nicht zum Stillstand gekommen. Insgesamt hat die Verschuldung am 1. Januar 1928 nahezu 900 Millionen Mark, das sind 386 M. je Hektar erreicht. Im Verhältnis zum Steuerwert der ostpreussischen Landwirtschaft sind das etwa 70 Proz., im Verhältnis zum wirklichen Verkaufswert allerdings nur rund 40 Proz.

### Durchschnittszahlen geben ein falsches Bild.

Kennt man nur diese Durchschnittszahlen der Verschuldung und Zinsbelastung, so bekommt man von der Lage der ostpreussischen Landwirtschaft ein absolut falsches Bild. Je nachdem, wie die einzelnen Betriebe die im Kriege erlittenen Schäden während der Inflation wiedergutmachen konnten, je nach dem Zustand, in dem die einzelnen Betriebe von der Inflation in die Zeit der Stabilisierung eintraten, und je nachdem, wie schnell sich die einzelnen Betriebe auf die neuen Verhältnisse umgestellt haben und außerdem durch Umwetter und Seuchen Verluste erlitten haben oder nicht, schwankt die Verschuldung außerordentlich stark.

Selbst in Ostpreußen ergibt sich nach den Zahlen der Finanzämter vom 1. Januar 1928, daß neben sehr verschuldeten, ja überschuldeten Betrieben, mittel und niedrig verschuldeten, ja fast schuldenfreie Betriebe bestehen, soweit Neuverschuldung in Frage kommt. Auch in Ostpreußen kann also

### von einer allgemeinen Krise der Landwirtschaft nicht gesprochen werden.

Nun liegen allerdings die Verschuldungsverhältnisse in den einzelnen Bezirken und Betriebsgrößen recht verschieden. Man kann, grob gesprochen, sagen, daß der Nordosten und der Westen Ostpreußens verhältnismäßig günstig dastehen, während im Süden und vor allem im Südosten, also in den masurenischen Kreisen, eine erschreckend hohe Anzahl hochverschuldeter, ja überschuldeter Betriebe anzutreffen ist. Der unterschiedliche Stand der Verschuldung im Groß- und Kleinbetrieb tritt hier auch besonders deutlich zutage. Während in manchen Kreisen die bäuerlichen Betriebe höher verschuldet sind als die größeren Wirtschaften, hat in diesem masurenischen Krisengebiet Ostpreußens die Verschuldung der Großbetriebe einen wesentlich höheren und außerordentlich bedrohlichen Stand erreicht.

### Ueber die Ursachen der Verschuldung

Bringt der Bericht des Enquete-Ausschusses leider nur mangelhafte Angaben. Gar nicht berührt wird beispielsweise das Problem der ostpreussischen Kreditpolitik, die sicherlich zu der Verschuldungsentwicklung ebenso wie im übrigen Deutschland das übrige beigetragen hat. Wir möchten der Reichsregierung empfehlen, doch beispielsweise die Kreditpolitik der „Ostpreussischen Landwirtschaft“, die im nächsten Jahre bei der Rückzahlung eines 30-Millionen-Amerika-Kredits mit 5 1/2 Millionen Mark Kurverlusten zu rechnen hat, deren Deduktion sie vom Reich verlangt, näher nachzuprüfen. Es scheint uns nicht ausgeschlossen, daß dieses Bankinstitut in seinem Bestreben, der Landwirtschaft billige Hypothekarkredite zu beschaffen, nicht die genügende Vorsicht hat walten lassen, da sie annahm, daß eventuelle Verluste der Landwirtschaft „in der Grenzprovinz Ostpreußen“ doch auf jeden Fall vom Reich bezahlt würden.

Dass bei der ausgeprochenen Notlage eines nicht geringen Teiles der ostpreussischen Landwirtschaft zahlreiche Betriebe in den nächsten Jahren nur durch Zwangsversteigerung saniert werden können, steht außer Zweifel. Der Enquete-Ausschuss glaubt ähnlich wie die Preußenkasse annehmen zu können, daß rund 200 Großbetriebe mit einer Fläche von 90 000 Hektar den Besitzer wechseln müssen. Das bedeutet eine schwere Erschütterung der ostpreussischen Landwirtschaft, und man kann dem Enquete-Ausschuss nur zustimmen, wenn er empfiehlt, Vorsorge zu treffen, damit der Kreis der zusammenbrechenden Betriebe möglichst klein bleibt. Im übrigen sind allein bei der ostpreussischen Landwirtschaft über

500 Zwangsversteigerungen im Gange oder in Vorbereitung. Vielfach haben die Gläubiger in der Furcht, mit ihren Forderungen auszufallen, Zwangsversteigerungen aber nicht beantragt.

### Aus dieser „schleichenden“ Krise muß jedoch einmal eine offene Krise werden.

Die Zwangsversteigerten Betriebe werden teilweise der Siedlung, teilweise neuen Privatbesitzern, teilweise dem Domänenfiskus zuzuführen sein. Der Enquete-Ausschuss stellt übrigens ausdrücklich fest, daß das „Gesamtbild der wirtschaftlichen Lage der Siedler bei aller vorsichtigen Beurteilung zurzeit noch allgemein befriedigend ist“.

### Bernunft in den Hilfsmitteln.

Die Abhilfevorschlüsse des Enquete-Ausschusses sind größtenteils durch das vom Reichstag im Mai verabschiedete Ostpreußenprogramm übernommen, das der ostpreussischen Landwirtschaft einen jährlichen Zuschuß von 26 Millionen und einen einmaligen Zuschuß von 32 Millionen, außerdem Kreditgarantien von 80 Millionen Mark brachte. Es scheint uns außerdem, daß der Enquete-Ausschuss seine Vorschläge ziemlich unkritisch formuliert hat, indem er scheinbar die aus Ostpreußen gemachten Vorschläge in unveränderter oder wenig veränderter Form wiedergegeben hat.

Mit allem Nachdruck unterfügen möchten wir jedoch die Forderung des Enquete-Ausschusses, insbesondere für Entwässerung von nahezu zwei Millionen Hektar landwirtschaftlichen Bodens erhebliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Mit den bisher für Reklamationszwecke nach Ostpreußen gestifteten Geldern konnte ein großzügiges Reklamationswerk nicht durchgeführt werden. Bei vorgeschlagenen Zinsverbilligungen, Steuerniedererschlagungen usw. sollte aufs schärfste darüber gewacht werden, daß diese aus Steuermitteln des deutschen Volkes bezahlten Hilfsmassnahmen nicht zu einer Subvention für ohnehin rentable Betriebe werden und ein weiteres Verschleppen der ostpreussischen Sanierung zur Folge haben.

Auch in Ostpreußen muß die Befundung der Landwirtschaft grundsätzlich der Selbsthilfe überlassen bleiben. Erzieuliche Ansätze hierzu sind in Ostpreußen die sehr verbesserte Milchleistung der Kühe, die Ausdehnung der Grünland- und Weidewirtschaft, die Besserung des Schweinezuchtmaterials und ähnliche beachtliche Fortschritte.

## Gute Reichsbanklage bestätigt.

Der Wochenausweis der Reichsbank zum 22. Juni bestätigt unsere Borausage von gestern, daß die Lage der Reichsbank sich weiter erleichtert wird. Entscheidend für die Dispositionen der Reichsbank, soweit die Diskontpolitik in Frage kommt, wird natürlich die Entwicklung zum Monatsende und die weitere Entwicklung im nächsten ganzen Monat sein. Zum 22. Juni sind die Wechselbestände wieder um insgesamt 150,9 Millionen zurückgegangen, und zwar um 128,4 auf 2427,1 Millionen im Wechselportfeuille und um 22,5 auf 54,4 Millionen bei den Reichshauptwechslern. Die Bestände an Lombarddarlehen sanken um 33,2 auf 92,6 Millionen. Zum Monatsultimo sind vielleicht noch, da die Zinsvorschie der privaten Banken bis dahin noch fortbauern, höhere Wechselreichungen zu erwarten. Um so stärker müßte schon die Entlastung zum 7. Juli werden, nachdem am 1. Juli die Kreditzinsen der Banken wieder herabgesetzt werden. Die fremden Gelder auf Girokonten nahmen um 23,4 auf 579,2 Millionen ab. Der Umlauf an Reichsbanknoten ging auf 4068,7, der Umlauf an Rentenbankcheinen auf 435,5 Millionen zurück. Die Deckung des Rentenumlaufes hat sich weiter verbessert; durch Zunahme der Devisenbestände um 12,2 auf 330,7 Millionen bei gleichzeitig fast unveränderten Goldbeständen mit 1764,3 Millionen ergibt sich gegen die Vorwoche eine Verbesserung der reinen Golddeckung für die umlaufenden Noten von 42,1 auf 43,4 und der Gold- und Devisendeckung von 49,7 auf 51,5 Proz., das sind wieder 25 Proz. mehr als die bankgesetzliche Vorschrift.

## 15 Millionen Gold für die Reichsbank.

In London wurden gestern für 760 000 Pfund Sterling (15,2 Millionen Mark) südafrikanisches Gold versteigert. Der größte Teil davon geht nach Deutschland, d. h. an die Reichsbank. Auch die englische Bank verkaufte Gold an die Reichsbank. Der Status der Reichsbank wird damit noch günstiger.

## Schulden fressen Gewinne.

### Zum dividendenlosen Abschluß der Basalt-W.G.

Der größte deutsche Pflastersteinkonzern, die Basalt-W.G. in Ling am Rhein, stellt für 1928 die Dividendenzahlung wieder ein. Im Vorjahr konnte das Unternehmen auf sein 20 Millionen Mark betragendes Aktienkapital eine Dividende von 6 Proz. zahlen.

Der Ausfall der Dividende ist jedoch weniger auf einen schlechten Geschäftsgang als auf enorme zinsfressende Schulden, in erster Linie teure Bankschulden, zurückzuführen. Es kennzeichnet die Lage dieses eine uferlose Ausdehnungspolitik betreibenden Unternehmens, daß im vergangenen Jahr rund 830 000 Mark an Zinsen gezahlt werden mußten, während demgegenüber die gesamten Geschäftskosten nur 630 000 Mark ausmachten. Allein im letzten Jahre sind die laufenden Schulden der Gesellschaft von 5,6 auf 9,6 Mill. Mark gestiegen, während sich demgegenüber die Forderungen mit 5,2 Mill. Mark so gut wie gar nicht verändert haben.

Die Verwaltung klagt im Geschäftsbericht darüber, daß die nötige Droffellung der Eisenbahnaufträge für Schottersteine und die Finanznot der Gemeinden und Provinzen den Absch

sehr ungünstig beeinflusst haben. Die Lage für die Pflastersteinindustrie sei noch dadurch verschärft worden, daß sich die Methode am Straßenbau in letzter Zeit gänzlich gewandelt habe. Trotz dieser Klagen sind aber die Abfahziffern, die 2 gegen 1,8 Millionen Tonnen im letzten Friedensjahr betragen, nicht ungünstig.

Die Verwaltung will durch diese Klagen offenbar ihre nicht sehr vorfichtige Ausdehnungs- und Finanzpolitik vor der Öffentlichkeit rechtfertigen. Auch der Hinweis auf den herrschenden Preisdruck in der Pflastersteinindustrie kann nicht ernst genommen werden, denn unter Führung dieser Gesellschaft wurde vor zwei Jahren ein Kartell, die Basalt-Union, ins Leben gerufen, die durch ihre Geschlossenheit den Abnehmern die Preise diktieren konnte.

## Rhein Stahl fast 100 Millionen Umsatz. Große Gewinne. — Nur 6 Prozent Dividende.

Die Rheinische Stahlwerke A.-G., Essen, die seit der Einbringung ihrer sämtlichen Eisenbetriebe in den Stahltrust zu einem reinen Zechenunternehmen geworden ist, kann für das Geschäftsjahr 1928/29 wieder 6 Proz. Dividende zahlen. Die Ueberschüsse aus den Betrieben und Beteiligungen sind ganz erheblich von 14,5 auf 16,5 gestiegen. Hiervon entfällt auf die Beteiligungen, unter denen etwa 70 Millionen Mark Stahltrustaktien vorhanden sind, fast die Hälfte der Gewinne.

Da der deutsche Farbentrust in Frankfurt a. M. (V. G. Farbenindustrie) starken Einfluß bei Rhein Stahl besitzt und das Unternehmen daher durch langfristige Lieferverträge mit diesem Großkunden gesichert ist, konnte auch im letzten Betriebsjahr die Förderung glatt abgesetzt werden. Die Steinkohlenförderung liegt mit 5,2 Millionen Tonnen etwas unter den Ergebnissen des Vorjahres, während sich bei der von 1,4 auf 1,6 Millionen Tonnen angewachsenen Koksproduktion bereits die Inbetriebnahme der neuen Anlagen in Arenberg bemerkbar macht. In der Bilanz wird ersichtlich, daß im letzten Jahre weiterhin rund 10 Millionen für den Ausbau der Zechen und Nebenanlagen investiert wurden. Damit hat der Konzern in den beiden letzten Jahren rund 30 Millionen in seine Anlagen gesteckt, die durchweg aus laufenden Betriebseinnahmen gezahlt werden konnten. Bei diesen enormen Ausgaben fällt die Flüssigkeit der Geldverhältnisse bei Rhein Stahl um so mehr auf. So konnten die laufenden Schulden von 23,2 auf 18 Millionen Mark zurückgezahlt werden, während demgegenüber die Bankguthaben nur um 3,2 auf 4,8 Millionen zurückgingen. Außerdem wird die Senkung der Gesamtforderungen von 57,6 auf 57,1 Millionen noch durch Verstärkung der Beteiligungen um mehr als 4 auf 06,6 Millionen beeinflusst.

Ueber die Durchführung der Rationalisierungsarbeiten, besonders die großen Betriebszusammenfassungen auf Zechen Arenberg, sagt der Geschäftsbericht, daß die neue Zentralkokerei allein eine Leistungsfähigkeit von 1 Million Tonnen Koks bestehe gegenüber nur 830 000 Tonnen, die früher auf sämtlichen vier Schachtanlagen des Konzerns erzeugt wurden. Die Ofenleistung je Mann und Schicht konnte von 10 auf 45 Tonnen gesteigert werden. Das auch in den Bergwerksbetrieben die Leistungen ganz erheblich gestiegen sein müssen, wird schon daraus ersichtlich, daß bei ungewöhnlichem Rückgang der Förderung und trotz der gewachsenen Koksproduktion die gesamte Belegschaft um rund 2300 auf 17 585 Mann zurückgegangen ist. Der zum erstenmal bekenntgegebene Umsatz der Zechen beläuft sich auf 97,4 Millionen Mark.

## Europa gegen Amerika? Wegen der U.S.A.-Zollpolitik.

Wir haben kürzlich auf die stark hochschulzöllnerische Politik der Vereinigten Staaten hingewiesen, auch darauf, daß Frankreich und die Schweiz offiziell schon auf die Gefahren dieser Politik für Europa aufmerksam gemacht haben. Der deutsche Außenhandelsverband (ein privater Verein) möchte jetzt, daß die deutsche Regierung mit den Regierungen anderer europäischer Industriestaaten ernste diplomatische Vorstellungen gegen die amerikanische Abzerrungspolitik in Washington erhebt und so eine europäische Einheitsfront gegen das Vorgehen Amerikas vorbereitet. Der Außenhandelsverband schlägt auch Druckmittel vor, so die Kündigung der mit den Vereinigten Staaten von Amerika laufenden diesen Reichsbegünstigungsverträge mit dem Ziel, die Vereinigten Staaten zum Abschluß von normalen Zolltarifverträgen zu veranlassen, unter Preisgabe der bisher von U.S.A. aufrechterhaltenen Zollautonomie.

Eine unbestätigte Meldung aus Washington sagt, daß gegen den Vorschlag einer Erhöhung der Einfuhrzölle von 20 Regierungen Einspruch erhoben worden sei.

## Reform der Münchelsicherheit. Münchelsicherheit als Reklamemittel.

Die gesetzlichen Grundlagen der sogenannten Münchelsicherheit bei festverzinslichen Papieren sollen reformiert werden. Das Reichsjustizministerium legt in einer den beteiligten Stellen und Interessententreisen zugegangenen Denkschrift die Reformbedürftigkeit dar. Die Münchelsicherheit, die ursprünglich nach dem Sinn des Wortes nur den Schutz von Münchelsiegeln wollte, sei heute eine Eigenschaft von Wertpapieren geworden, mit der auch unter dem Gesichtspunkt der Bankentfame um



Heilwirkend!

Fachinger Versandstelle, Berlin SW11, Schöneberger Str. 16a. Tel. Litzow 820-61



# Für die Reise

**Chlorodont-Zahnpaste** die herrlich erfrischend schmeckende Pfefferminz-Zahnpaste. Tube 60 Pf. u. 1 Mk.  
**Chlorodont-Zahnbürste** Spezialbürste mit gezahmtem Borstendünn. Für Erwachsene 1,25 Mk. für Kinder 70 Pf.  
**Chlorodont-Mundwasser** mit gleichem köstlichen Pfefferminz-Aroma. Reisespritzflasche 1,25 Mk.



